

Juli/August 2025
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

erweg

Auf der Walz

Stets auf Wanderschaft bedacht: Unterwegs mit Robert Grimm und anderen Gesellen
«Sonst kommt der Zirkus auch zu uns»: Solidarität mit den US-Gewerkschaften

Als VPOD-Mitglied günstiger ins Theater!

Szene aus «Romeo und Julia», Inszenierung nach W. Shakespeare im Pfauen | Foto: © Thomas Rabtsch

Mit der MemberCard der Schauspielunion Zürich kommen VPOD-GewerkschafterInnen günstiger in den Genuss von Theaterkultur:

- 2- bis 4-mal monatlich können mit diesem Ausweis bestimmte Vorstellungen auf den Bühnen des Schauspielhauses Zürich zu einem Rabatt von 50 Prozent besucht werden.
- Für die übrigen Aufführungen im Schauspielhaus sowie im Theater Winterthur gibt es ausserdem einen generellen Rabatt von 10 Prozent.
- Die Ermässigungen gelten für die Besitzerin bzw. den Besitzer der MemberCard plus eine Begleitperson.

Weitere Infos auf
www.schauspielunion.ch

**Jetzt die MemberCard
bestellen für die Spielzeit
2025/26 zum Preis von Fr. 15.-.**



**Neue Interessentinnen und Interessenten melden
sich bis 31. Juli 2025 online an per Formular auf
www.schauspielunion.ch.**

vpod zürich

Regionalsekretariat
Birmensdorferstrasse 67

Postfach 8180
8036 Zürich
Tel. 044 295 30 00
info@vpod-zh.ch



Leite den Widerstand. Stärke den Service public.

**Der VPOD sucht per 1. Oktober 2025 oder nach Vereinbarung
eine/n neue:n Generalsekretär:in (80–100 %).**

Du willst mehr als nur verwalten? Du willst bewegen, organisieren, streiten – für bessere Arbeitsbedingungen und einen starken Service public, der allen dient? Dann bist du hier richtig. QR-Code scannen und mehr erfahren.
Bewerbungsschluss: 31. Juli 2025



<https://vpod.ch/jobs>

Themen des Monats

- 5 Lohnsenkung per Gesetz?**
SGB verurteilt Frontalangriff auf tiefe Einkommen und direkte Demokratie
- 6 Wer nicht sucht, findet nix**
Bericht über die Flankierenden zeigt ungenügende Kontroll- und Massnahmenpraxis
- 7 Hässige Frauen**
Grosse Demos zum 14. Juni zeigen Gleichstellungsbedarf und entschlossenen Widerstand gegen Rückschritte
- 9 Sonst kommt der Zirkus auch zu uns**
Solidarität mit den US-Gewerkschaften:
VPOD-Delegiertenversammlung verabschiedet Botschaft
- 11-17 Dossier: Auf der Walz**
Robert Grimms Reisetagebuch ist als biografisches und historisches Dokument eine reiche Quelle
Die Gesellenwanderung ist in die Kultur eingegangen – Höhepunkt: Schuberts Liedzyklen

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Aus den Regionen und Sektionen**
- 10 Antonia W. Fleischmann:** Die Kratzbürste im System
- 18 Wirtschaftslektion:** Schutzklauseln sind ineffizient
- 19 Wettbewerb:** Die Bildhauerin
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD:** Knick auf der Zielgeraden
- 22 Solidar Suisse:** Mehr als Überleben
- 23 Menschen im VPOD:** Elias Studer, Jurist, Oberarth (SZ) und Zürich

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 5, Juli/August 2025
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Die geschenkte Oper

Soso: Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Dass man das eventuell doch tun sollte, kann schmerzlich die Bevölkerung der Stadt Troja bezeugen. In dem hölzernen Pferd befand sich die Armee der griechischen Belagerer, welche die Stadt in Schutt und Asche legte. In Schutt und Asche lag auch die Freie und Hansestadt Hamburg. Im Sommer 1943 wurde sie von den bis dahin verheerendsten Flächenbombardements des Zweiten Weltkriegs getroffen. 34 000 Menschen starben unmittelbar, ein Teil davon Nazis, ein anderer nicht. Zur Hälfte zerstört wurde auch Hamburgs ruhmreiches Opernhaus.

Zwar nicht punktgenau am Standort, aber wenige Meter daneben, am Gänsemarkt, wird in Hamburg seit 1678 Oper gespielt. Ein gewisser Georg Friedrich Händel war dort seinerzeit als Komponist, Geiger und Cembalist unter Vertrag. 1955 bauten die Hamburgerinnen und Hamburger ihr Opernhaus wieder auf. Der Bau im schnörkellosen Stil der Nachkriegsmoderne ist ein einziges Bekenntnis zu Demokratie und Gemeinsinn. Von jedem Platz aus sieht man gut auf die Bühne, nicht wie in den alten Hufeisentheatern. Und die riesigen Foyerfenster zur Strasse hin rufen unentwegt: Kommt herein, Oper ist für alle!

Jetzt aber soll Hamburg ein gänzlich neues Opernhaus bekommen, und zwar geschenkt. In Nachbarschaft zur Elbphilharmonie soll es zu stehen kommen, und ein architektonischer Wurf soll es werden, mindestens wie Sydney, mein lieber Schwan. Die Laien staunt, der Fachmann wundert sich: Wozu ein neues Opernhaus, wo man bereits eines hat? Und wer ist denn eigentlich dieser Spendable, der ein paar hundert Millionen Euro übrig hat, um seiner Vaterstadt dieses Geschenk zu machen? Klaus-Michael Kühne ist 1937 in Hamburg geboren. Das Speditionsunternehmen Kühne + Nagel, das er als einziges Kind von den Eltern geerbt hat, zügelte er 1969 in die Schweiz. Auch er selbst nahm vor 50 Jahren Wohnsitz im Kanton Schwyz. Dort zahlte er das bisschen an Steuern, das reiche Ausländer in der Schweiz zu zahlen haben. In Deutschland: nichts. Weder für sich noch für die Firma.

«Ich habe nichts gegen Steuern. Ich hätte nur gern das Gefühl, dass sie für die richtigen Dinge ausgegeben werden», sagt Kühne. Uns spricht er aus dem Herzen. Bloss: Was sind die «richtigen Dinge»? Wer definiert sie? Herr Kühne? Oder das Volk in demokratischem, zuweilen halt mühsamem Ringen?

Rat aus Troja: Hamburg sollte den Gaul noch etwas genauer auf den Zahn fühlen. Könnte ein Haken dran sein.



Frisch gebacken I: GAV fürs Bäcker-Gewerbe.

Frisch gebacken II: Neuer Präsident für Garanto.



SVP-Nationalrat wird Garanto-Präsident

Der Walliser SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor ist neuer Präsident von Garanto, der Gewerkschaft des Zollpersonals. Die Delegierten haben ihn mit 19 zu 11 Stimmen dem Gegenkandidaten Emmanuel Ammoos, SP-Nationalrat, ebenfalls aus dem Wallis, vorgezogen. Addor folgt auf das Duo Daniel Gisler/Roberto Messina, die das Amt 2023 interimswise von SP-Nationalrätin Sarah Wyss übernommen hatten. Garanto selbst betont, dass seine Mitglieder viel stärker betrieblich als parteipolitisch orientiert seien; Unabhängigkeit und politische Neutralität von Garanto blieben bestehen. Durch die Mitgliedschaft beim SGB und die administrative Assoziierung beim VPOD ist Garanto allerdings traditionell ins linke Milieu eingebunden; welche Implikationen ein SVP-Präsidium hat, wird sich zeigen. Jean-Luc Addor möchte die bestehenden Herausforderungen «zusammen mit allen Mitgliedern annehmen, weil wir zusammen stark sind». Das Bundesgericht hat Addor 2020 wegen Rassendiskriminierung verurteilt; Gegenstand war eine Äusserung in den sozialen Medien. Eine tödliche Schiesserei in einer St. Galler Moschee hatte Addor mit dem Satz «Wir bitten um mehr!» kommentiert. Dass der Politiker den Fall selbst zu den «fremden Richtern» am Europäischen Menschenrechtsgeschichtshof weitergezogen hat, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Thematisch wird es bei Garanto in der kommenden Zeit vor allem um das «Entlastungspaket 2027» gehen, das für das Personal von

Zoll und Grenzsicherheit Verschlechterungen bringt. Auch das für 2027 vorgesehene neue Lohnsystem gibt zu reden. | [slt](#)

13. AHV: Etappensieg im Ständerat

«Der Ständerat übernimmt Verantwortung», betitelt der SGB seine Medienmitteilung: Die kleine Kammer habe sich für eine «solide, solidarische und kaufkraftschonende Mischfinanzierung» der 13. AHV-Rente ausgesprochen und der rechtsbürgerlichen Ausblutungsstrategie eine Absage erteilt. Der SGB wird sich dafür einsetzen, dass der Beschluss auch im Nationalrat Bestand hat – damit klar wird, dass die von der Stimmbevölkerung in aller Deutlichkeit verworfene Rentenaltererhöhung nicht der Schlüssel zur Problemlösung ist. Die teilweise Finanzierung über Lohnbeiträge – im Portemonnaie kaum spürbar – sei gerechtfertigt, weil sie für sozialen Ausgleich sorgt. Auch die deutliche Zurückweisung der Idee, den Bundesbeitrag an die AHV zu kürzen, wird positiv gesehen: «Der Bund kann sich nicht aus der Verantwortung stellen. Dies ist auch aus Verteilungssicht entscheidend. Denn über den Bundesbeitrag beteiligten sich die Dividendenempfänger und der Finanzsektor an der Finanzierung der AHV.» | [slt/sgb](#)

Belastete Lernende wollen 8 Wochen Ferien

Eine Befragung von Berufslernenden in der Schweiz hat ergeben, dass viele von ihnen – 61 Prozent – während der Lehre psychisch belastet waren; von diesen sehen wiederum 60 Prozent – also 36 Prozent von allen – die Lehre als Ursache oder Verstärker dieser Probleme. Zu lange Arbeitszeiten und die Angst vor schulischer Überforderung stehen an der Spitze der Belastungshierarchie. Längere Ferien trügen zur Entlastung bei; dass Lernende nur 5 Ferienwochen haben – gegenüber 13 am Gymnasium – wird als ungerecht empfunden. Die Allianz «8 Wochen Ferien in der Lehre» hat sich darum mit einem offenen Brief an den Bundesrat gewandt. Der SGB stellt sich hinter diese Forderung, die in kürzester Zeit von über 150 000 Personen per Unterschrift geteilt wurde. | [slt](#)

Grössere Brötchen: Neuer Back-GAV

Seit Anfang Juli ist der neue GAV für das Bäcker-, Konditoren- und Confiseur-Gewerbe in Kraft. Er bringt Verbesserungen für die rund 35 000 Angestellten, etwa höhere Mindestlöhne oder einen Zuschlag für Ungelernte. Neu ist auch der Anspruch auf 12 volle freie Wochenenden pro Jahr und auf 2 Ruhetage pro Woche. Jetzt gehe es endlich vorwärts, sagt die Unia, die erstmals seit rund 10 Jahren wieder Vertragspartnerin ist. | [unia/slt](#) (Foto: LightFieldStudios/iStock)

SGB verurteilt Frontalangriff auf tiefe Einkommen und direkte Demokratie

Lohnsenkung per Gesetz?

Der SGB wendet sich scharf gegen den Beschluss des Nationalrats zum Verhältnis zwischen kantonalen Mindestlöhnen und allgemeinverbindlich erklärten GAV. Der Rat hat beschlossen, dass letztere vorgehen, auch wenn sie tiefere Löhne enthalten. | Text: SGB (Foto: Keystone)

Der Nationalrat hat mit dem Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen beschlossen, kantonale Mindestlöhne zu übersteuern bzw. zu unterlaufen. Damit würden per Bundesgesetz Löhne gesenkt. Sofern auch der Ständerat zustimmt, würden demokratisch beschlossene Volksentscheide umgestossen und die föderale Mitsprache der Bevölkerung in den Kantonen massiv eingeschränkt. Bewährte Instrumente gegen Lohndumping – insbesondere in den Grenzregionen – entfielen.

Nicht mit dem Feuer spielen

Kantonale Mindestlöhne gibt es bisher in den 5 Kantonen Basel-Stadt, Genf, Jura, Neuenburg und Tessin, städtische – allerdings juristisch blockierte – in Zürich und Winterthur. In Basel-Stadt, im Jura und im Tessin gilt bereits der Vorrang der GAV-Löhne. Die von der Nationalratsmehrheit gewollte Bestimmung hätte also derzeit nur in Neuenburg und in Genf konkrete Auswirkungen, wo der kantonale Mindestlohn vorgeht. Und an jenen Orten, wo vergleichbare Volksinitiativen in der Pipeline sind.

Der SGB argumentiert auch mit der Europapolitik: Wenn die Arbeitgeber den Lohnschutz schwächen wollen in einer Phase, wo wichtige nationale Weichenstellungen anstehen, spielen sie mit dem Feuer und gefährden die erfolgreiche sozial flankierte Öffnungspolitik gegenüber der EU. Der SGB setzt auf die Vernunft des Ständerats, der dieses Lohnsenkungsgesetz noch stoppen kann.

Mindestlöhne schützen vor Armut und stärken die Kaufkraft. Dass sie Arbeitsplätze gefährden würden, ist ein vielfach widerlegtes Ammenmärchen. Doch will das Parlament



Vom Nationalrat torpediert: Mindestlohn im Kanton Genf.

jetzt genau diese Errungenschaft rückgängig machen. Besonders betroffen wären Frauen im Tieflohnbereich: im Gastgewerbe, im Detailhandel, in Coiffeursalons, in der Reinigung. In Genf würde eine gelernte Coiffeuse mit Berufserfahrung bis zu 250 Franken im Monat verlieren, die lediglich angelernte Angestellte einer Wäscherei 350 Franken. Auch viele weitere – insgesamt tausende – Berufstätige verdienen weniger und wären auf Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe angewiesen. Die Kosten trägt dann die Allgemeinheit, während die Arbeitgeber profitieren.

Demokratie ausgehebelt

Der Angriff auf die gesetzlichen Mindestlöhne hebelt ausserdem direktdemokratische Entscheide aus – auch das wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. Verfassung

und Föderalismus werden missachtet, nur damit Arbeitgeber tiefere Löhne zahlen können? Von einem «Eingriff in die Autonomie der Kantone» und einer «Missachtung kantonaler Volksentscheide» sprechen übrigens auch die Kantonsregierungen. In einem Brief ans Parlament lehnen sie die Vorlage deshalb klar ab. Gemäss Bundesverfassung haben die Kantone die Kompetenz, sozialpolitisch tätig zu werden – dazu gehört auch die Festlegung von Mindestlöhnen zur Armutsbekämpfung. Das Bundesgericht hat diese Kompetenz bestätigt.

Für den Fall, dass der Ständerat dem Nationalrat auf seinen abschüssigen Pfad folgt, sind weitere Massnahmen – auch ein Referendum – nicht ausgeschlossen. Denn: Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können.

Bericht über die Flankierenden zeigt ungenügende Kontroll- und Massnahmenpraxis

Wer nicht sucht, findet nix

Der Kampf gegen Lohndumping ist in einem Hochlohnland zentral. Beim Vollzug gibt es noch Lücken, wie der neueste Bericht des Seco über die flankierenden Massnahmen zeigt. Zwischen den Kantonen gibt es riesige Unterschiede. | Text: David Gallusser, SGB (Foto: Oleg1/iStock)

Ein starker Lohnschutz ist wichtig für die Arbeitnehmenden in einem Hochpreis- und Hochlohnland. Das zeigt der vom Seco veröffentlichte Bericht zu den flankierenden Massnahmen. 2024 wurden rund 140 000 Löhne bei Schweizer Arbeitgebern und bei Entsendebetrieben aus dem Ausland überprüft. In fast jedem fünften Be-

trieb kamen dabei zu tiefe Löhne oder das Vorhandensein von Scheinselbständigkeit ans Licht.

Alle 150 Jahre Kontrolle

Dabei fallen Dichte und Strenge der Kontrollen je nach Kanton sehr unterschiedlich aus. Das Gesetz ist klar: Wo es zu wiederholtem Lohndumping kommt, muss ein NAV mit Mindestlöhnen erlassen oder ein bestehender GAV allgemeinverbindlich erklärt werden. Das passiert allerdings längst nicht überall. Eine gewissenhafte Umsetzung erfahren die Flankierenden eigentlich bloss im Tessin und in Genf. Jede dort ansässige Firma ohne allge-

meinverbindlichen GAV oder NAV wird alle paar Jahre kontrolliert (alle 4 bzw. alle 10 Jahre im Schnitt). Zudem erlassen diese beiden Kantone, wenn sie Lohndumping feststellen, NAV-Mindestlöhne. Die meisten anderen Kantone kontrollieren viel seltener. Zudem weigern sie sich oft, Mindestlöhne zu erlassen, auch dort, wo sie wiederholt Lohnunterbietung feststellen und wo Verständigungsverfahren scheitern. Am ärgsten ist die Situation in Zug, Wallis, Bern, Solothurn und im Thurgau, wo die Kontrollabstände pro Firma bis zu 158 Jahre betragen.

Der Bericht zeigt: Die flankierenden Massnahmen sind wichtig; eine Schwächung des Lohnschutzes wäre fatal. Noch immer gibt es zu viele Arbeitgeber, die orts- und branchenübliche Löhne nicht einhalten. Die Kantone müssen deutlich mehr für die verbindliche Durchsetzung tun – mit Kontrollen dort, wo bisher kaum hingeschaut wurde. Und wo wiederholt Lohndumping festgestellt wird, braucht es, wie vom Gesetz vorgesehen, Mindestlöhne.

In der Schweiz müssen orts- und branchenübliche Löhne bezahlt werden.



Stromabkommen: Wenig Gutes

Was bringt das Stromabkommen Schweiz–EU für die Konsumierenden? Was bedeutet es für die Energiewende? Beim Strom ist eigentlich nur wichtig, dass er zuverlässig und preisstabil aus der Steckdose kommt. Welche Farbe das Logo ihres Anbieters hat, ist den meisten Leuten egal. Die entscheidenden Faktoren – Preis und Versorgungssicherheit – richten sich nicht danach, sondern nach der Architektur der Stromlandschaft. Wie steht es um die Erneuerbaren? Wie gut und redundant sind Stromnetze aufgebaut? Wie ist der Vertrieb gestaltet? Darauf kommt es an.

Dass die Marktöffnung mit erheblichen Gefahren verbunden ist, zeigt sich in den Ländern, die sich vor Jahren für diesen Weg entschieden haben (etwa Deutschland und England). Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben sich die Tarife dort vielerorts fast verdreifacht. In der Schweizer Grundversorgung gab es zwar auch Aufschläge, aber sie waren geglättet und absehbarer. Die Endkundin sieht sich im geöffneten Markt auch mit typischen Verwerfungen konfrontiert – bis hin zum Konkurs von Anbietern. Um Abzocke, Pleite und Blackouts zu verhindern,

musste die EU ein kompliziertes Regelwerk aufbauen. Auch in der Schweiz bräuchte es das im Fall der Fälle.

Auf der Produktionsseite stellt sich die ökologische Frage: Wird die Strommarktöffnung die Energiewende beschleunigen oder ausbremsen? Eher Letzteres: Wer investiert, braucht Planungssicherheit; die Marktöffnung bewirkt das Gegenteil. Ronny Kaufmann, CEO von Swisspower, befürchtet ebenfalls, dass die vollständige Liberalisierung den Ausbau der Erneuerbaren «eher nach hinten verschiebt» (NZZ vom 5. Mai 2025). | slt/sgb

Grosse Demos zum 14. Juni zeigen weiteren Gleichstellungsbedarf und entschlossenen Widerstand gegen Rückschritte

Hässige Frauen

Zehntausende Frauen sind am traditionellen Schweizer Frauenstreiktag, dem 14. Juni, auf die Strasse gegangen. Sie wehren sich gegen Rückschritte namentlich beim Mutterschaftsurlaub (siehe Kasten). Und sie verlangen echte Gleichstellung – endlich auch bei den Löhnen. | Text: VPOD (Foto: Keystone)

Wenn zehntausende Frauen in zwei Dutzend Städten für Gleichstellung demonstrieren, muss man davon ausgehen, dass Gleichstellung in der Schweiz noch nicht erreicht ist. Der SGB sieht mindestens fünf Felder, auf denen gehandelt werden muss. Da sind zunächst die Löhne: Der Lohnunterschied beträgt immer noch 1364 Franken im Monat. Gleichzeitig leisten Frauen deutlich mehr unbezahlte Arbeit, und in Berufen mit hohem Frauenanteil sind die Löhne besonders tief. Dort hilft (in 40 Prozent der Fälle) selbst eine Berufslehre nicht zu einem Lohn von 5000 Franken im Monat.

Wenn Lohnvergleichsanalysen – Punkt 2 – an diesem Missverhältnis etwas ändern sollen, müssen sie mit mehr Druck betrieben werden. Eine externe Evaluation vom März 2025 zeigt: Über die Hälfte der Unternehmen missachtet die Analysepflicht oder liefert mangelhafte Daten. Das Gleich-

stellungsgesetz bleibt damit weitgehend wirkungslos. Der SGB fordert verbindliche Kontrollen, Sanktionen bei Missachtung und eine gesetzliche Pflicht zum Handeln bei festgestellten Lohnungleichheiten.

Gewarnt wird drittens vor einem Rückbau von Gleichstellungsmassnahmen in Unternehmen, wie er unter Druck von Trump & Co. auch in der Schweiz sichtbar zu werden beginnt. Beunruhigend: Unternehmen wie Roche, Novartis oder UBS haben interne Gleichstellungsprogramme bereits zurückgefahren.

Der SGB fordert politische und wirtschaftliche Signale für die Beibehaltung von Diversitäts- und Gleichstellungszielen.

Ein Ja zur Kita-Initiative im kommenden Jahr, die einen Rechtsanspruch auf bezahlbare, qualitativ gute Kinderbetreuung vor-



Aus unterschiedlichen Gründen immer noch hässig: Demonstrierende Frauen am 14. Juni.

sieht, brächte die Agenda voran. Auch das Thema sexuelle Belästigung ist noch nicht gegessen: Eine Seco-Studie zeigt deren Verbreitung; Schutz und Prävention bleiben unzureichend. Gemäss SGB hilft hier nur Nulltoleranzpolitik.

Zeit für Verbesserung

Seit zwei Jahrzehnten gibt es die Mutterschaftsversicherung. Jetzt droht Rückschritt: Statt echter Elternzeit will die Politik den Mutterschaftsurlaub beschneiden. Der VPOD fordert zum 14. Juni eine echte Elternzeit. | Text: VPOD

Erst sehr spät – 2005 – trat in der Schweiz die Mutterschaftsversicherung in Kraft. In den 20 Jahren seither hat sich kaum etwas verbessert. Und jetzt droht das Gegenteil. Die zuständige Nationalratskommission will unter dem Titel «Elternzeit» keine einzige Woche zusätzlich, sondern lediglich die Umverteilung bestehender. Damit steht sogar der gesetzlich garantierte Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen zur Disposition. Welch eine Mogelpackung! Und welch dreister Angriff auf die Frauenrechte!

Eine Elternzeit ist tatsächlich überfällig, aber eine echte. Der VPOD fordert: 10 Wochen

zusätzlichen Urlaub für beide Elternteile, also mindestens 24 Wochen für Mütter, 12 für Väter und sonstige andere Elternteile. Darüber hinaus will der VPOD, dass Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende besser geschützt werden. Eine vom VPOD durchgeführte Umfrage hat im letzten Jahr gezeigt, wie gross hier der Handlungsbedarf ist. Die Hälfte der Schwangeren wird nicht über ihre Schutzrechte informiert, und vier Fünftel von ihnen benötigen während der Schwangerschaft eine Krankschreibung. Auch beim Stillen herrscht Notstand. Überhaupt wird die Rückkehr an den Arbeitsplatz, die eigentlich selbstver-

ständig sein müsste, weiterhin durch zahlreiche Hürden erschwert. 30 Prozent der Neumütter erleben Diskriminierung am Arbeitsplatz, jede Fünfte kehrt nach der Niederkunft gar nicht erst zurück.

Der VPOD verlangt einen Effort insbesondere im öffentlichen Sektor – dieser müsse seiner Vorbildrolle auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wieder verstärkt nachkommen. Auf dem Zettel stehen beim VPOD auch: 4 Wochen bezahlter vorgeburtlicher Urlaub (wie vereinzelt bereits eingeführt) und ein Recht auf temporäre Reduktion des Pensums nach der Geburt – mit Rückkehrgarantie.



Dicke Mauern, dünner Verstand? GAV-Kündigung im Kanton Solothurn.

Kein Frei für niemand? Attacke auf 1.-Mai-Nachmittag im Kanton Aargau.



Solothurn: GAV-Kündigung ohne Not

Ohne Not oder Anlass und unter Umgehung der Sozialpartner hat der Solothurner Regierungsrat den kantonalen Gesamtarbeitsvertrag per Ende 2025 aufgelöst. Im Kanton Solothurn bestand bisher die einzigartige Situation, dass auch die Arbeitsbedingungen des öffentlichen Personals, also von Verwaltung, Schulen, Spitälern und kantonalen Betrieben, mittels GAV geregelt waren. Offenbar hat man in Solothurn aber nicht ganz begriffen, was Sozialpartnerschaft bedeutet. Sämtliche Personalverbände, darunter der VPOD, verurteilen den Sololauf scharf: Der Entscheid zerstöre Vertrauen und trete die Sozialpartnerschaft mit Füßen. «Ein gut funktionierendes und breit abgestütztes Modell wird aus rein politischem Kalkül aufs Spiel gesetzt», klagt der kantonale Gewerkschaftsbund. VPOD-Regionalsekretär Dariyusch Pour Mohsen weist darauf hin, dass mit dem GAV auch die Friedenspflicht erlischt. | vpod/slt (Foto: Alfred Weyeneth/Wikimedia CC)

Bundespersonal: Es reicht!

Die Personalverbände und Gewerkschaften des Bundespersonals, darunter der VPOD, haben genug von der Sparwut in Bundesbern. Jährlich 100 Millionen Franken will der Bundesrat durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sparen. Die Personalverbände sind auch darum enttäuscht, weil sie sich auf die Suche nach einem Kompromiss eingelassen haben. Einsparungen von

65 Millionen hätten so ihren (zähneknirschenden) Segen gehabt. Für weitere 35 Millionen gilt dies nicht; der Bundesrat hat gegen den Willen der Verbände einseitig Abstriche bei den Ferien, der Treueprämie und der Pensionskasse verfügt. Auch beim Lohnsystem drohen grobe Verschlechterungen. Vor allem Angestellte in den unteren und mittleren Lohnklassen wären betroffen. Der VPOD ist empört. Auch die gesamte IG Bundespersonal findet den Abbau und das Vorgehen inakzeptabel. Sie wird mit Aktionen auf die unsinnigen und unsozialen Massnahmen reagieren. | slt/vpod

VPOD Basel kritisiert Kündigungsmodalitäten

Die vom Regierungsrat Basel-Stadt angekündigten Lohnmassnahmen werden vom VPOD Region Basel begrüsst. Hingegen stossen die gleichzeitig beschlossenen Änderungen bei den Kündigungsmodalitäten auf deutliche Kritik – sie stehen aus Gewerkschafts-sicht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Personalpolitik. Mit solcher «Modernisierung» – de facto also Schwächung des Kündigungsschutzes – werde die Arbeit der vom Regierungsrat selbst initiierten Arbeitsgruppe «Arbeitgeberattraktivität steigern» unterminiert und obsolet gemacht, findet der VPOD. | slt

Zürcher Kantonsspitäler: Echo aus dem Kantonsrat

Der Protest «Ganzer Teuerungsausgleich für ganze Arbeit!» von rund 2400 Mitarbeitenden an den vier Zürcher Kantonsspitalern findet Gehör. Nicht bei den Spitalräten. Dafür bei Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Parlamentarische Initiativen der Parteien SP, Grüne, AL und EVP verlangen, dass das Universitätsspital, das Kantonsspital Winterthur, die Psychiatrische Universitätsklinik und die Integrierte Psychiatrie Winterthur wieder die volle Teuerungszulage ausrichten. Seit 2023 sind die Spitäler zulasten des Personals von dieser Praxis abgewichen. | vpod

Aargau: Kein Frei für niemand

Mit einer Motion wollen drei Aargauer Grossräte – zwei SVP, einer FDP – den 1. Mai auch für das Staatspersonal zu einem gewöhnlichen Werktag machen. Bisher ist dort der Nachmittag des Tags der Arbeit frei. Der VPOD empört sich über den Vorstoss und noch mehr über die Begründung («Gleichstellung»). Er verweist darauf, dass der 1. Mai in vielen Ländern und in 8 Kantonen der Schweiz ein gesetzlicher Feiertag ist, der für die mühsam erkämpften Erwerbungschaften der Arbeiterbewegung steht. Die rechtsbürgerliche Logik laute dagegen: «Wenn schon nicht alle gute Arbeitsbedingungen haben, dann bitte niemand mehr.» | slt (Foto: Silvia Dell'Aquila)

Solidarität mit den US-Gewerkschaften: VPOD-Delegiertenversammlung verabschiedet Botschaft

Sonst kommt der Zirkus auch zu uns

Einstimmig hat sich die VPOD-Delegiertenversammlung vom Juni mit den Service-public-Gewerkschaften in den USA solidarisch erklärt, die derzeit an mehreren Fronten in einem Abwehrkampf gegen Trumps Anmassungen stehen. Die Solidaritätsnote des VPOD im (minim gekürzten) Wortlaut. | Text: VPOD (Foto: Paul Goyette, Chicago/Wikimedia CC)

Mit Besorgnis und Entsetzen verfolgen nicht nur Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sondern alle, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, das aktuelle Geschehen in den USA. Auch der VPOD ist bestürzt darüber, mit welchem Tempo Präsident Trump und seine Kamarilla rechtsstaatliche Institutionen einreissen, die Behörden missachten, die Gewaltentrennung verhöhnern und die freie Wissenschaft unterminieren.

Die Willkür und Unberechenbarkeit dieser Politik droht die ganze Welt ins Chaos zu stürzen. Sie verstärkt bestehende Konflikte und Ungleichgewichte und bringt, etwa durch das Grounding der Entwicklungszusammenarbeit, weltweit Millionen Menschen um die Existenz. Der Rückzug der USA aus internationalen Institutionen und ihre neue Handelspolitik verschärfen die globalen Krisen, statt sie zu deeskalieren.

Zu den ersten Opfern dieser Politik gehören die Gewerkschaften. Sie sind in einer Weise herausgefordert, wie sie es in ihrer Geschichte noch nicht erlebt hatten. Die Angriffe erfolgen auf so vielen Ebenen gleichzeitig und in solcher Kadenz, dass es kaum möglich ist, überall angemessen

zu reagieren, etwa auf die permanente Einschüchterung oder auf den dreisten Versuch, das Recht auf Kollektivverhandlungen abzuerkennen. Immerhin zeitigen Gerichtsverfahren jetzt erste Erfolge; einige von Trumps Erlassen sind blockiert. Zugleich schliessen sich die Reihen, und die Einsicht, dass die Werktätigen mehr Verbindendes als Trennendes haben, gewinnt an Boden. Wir sind mehr als sie. Und wir sind mächtiger als sie.

Ein Zufall ist der Angriff auf die Gewerkschaften nicht. Sie sind es, die – im Gegensatz zu Trump und seinen Milliardären – das Gemeinwohl im Blick haben. Sie verteidigen den Service public. Sie erkennen, dass die USA seit jeher ein Einwanderungsland sind und dass aus diesem Umstand eine grosse kollektive Kraft erwächst. Auch in Europa sehen wir uns mit einem bis vor Kurzem unvorstellbaren Rechtsruck konfrontiert. Rechtspopulistische, rechtsnationale und offen rechtsextreme Parteien bewirtschaften und befeuern Krisen, statt zu ihrer Lösung beizutragen. In vielen Staaten sind solche Kräfte in der Regierung angekommen oder führen diese sogar an. Ihr sozialpolitisches Programm ist dürftig: Es besteht in der Hetze gegen Zugewanderte.

Die DV unterstützt den historischen Kampf der US-Gewerkschaften gegen den versuchten Staatsstreich der Milliardäre. Wir wissen, dass ihr auch für uns streitet. Wir wissen, dass der Zirkus auch zu uns kommt, wenn



In den USA geht es um elementare Fragen: Demokratie oder Autokratie?

ihr ihn nicht aufhält. Wir wissen, dass sich hier und jetzt elementare Fragen stellen. Gehören die Reichtümer und die Ressourcen dieser Welt einigen wenigen oder allen? Sollen private Unternehmensgiganten, die Geschäftsmodelle zu Lasten aller entwickelt haben, die Macht übernehmen? Sollen die seit dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Instrumente für Regulierung und internationalen Ausgleich zerschlagen, soll die Macht des Stärkeren wieder etabliert werden?

Der VPOD steht fest an der Seite der US-amerikanischen Gewerkschaften. Kolleginnen und Kollegen: Der Milliardärskaste muss ihre Macht entrissen, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialpartnerschaft müssen wiederhergestellt werden. Als Gewerkschaft in der Schweiz, deren demokratische Institutionen nach dem Vorbild der USA geformt sind, unterstützen wir euren Kampf mit unserer vollen Kraft und Solidarität. Dabei gibt uns die Überlegung Halt, dass es kaum eine stärkere Macht gibt als die arbeitenden Menschen, wenn sie geeint sind.

Aus dem Antwortschreiben von Lee Saunders, Präsident der US-Gewerkschaft AFSCME:
«Mehr denn je muss die internationale Gewerkschaftsbewegung Schulter an Schulter stehen, um die Interessen der Arbeitnehmenden und die Demokratie zu schützen. Ihr seid mit gutem Grund besorgt über den Aufstieg der extremen Rechten in Europa. In eurem Kampf gegen diese Kräfte könnt ihr euch sicher sein, dass die AFSCME-Mitglieder bei jedem Schritt hinter euch stehen. Ich danke euch für eure unverbrüchliche Unterstützung und eure Solidaritätsbotschaft.»

Nationalrat bremst Uber & Co.

Für einmal hat der Nationalrat die Zeichen der Zeit erkannt: Er hat eine Parlamentarische Initiative verworfen, die Geschäftsmodellen à la Uber Vorschub geleistet hätte. Allein aufgrund von Vertragsformulierungen, ohne Blick auf die realen Verhältnisse, wäre es möglich gewesen, Erwerbstätige als Selbständigerwerbende zu deklarieren. Damit wäre eine Gesetzesgrundlage für systematische Scheinselbständigkeit ohne Anspruch auf Sozialversicherungsschutz geschaffen worden – ein Türöffner für Ausbeutung und Lohndumping. Der SGB schreibt von einem «Sieg der Vernunft und der Arbeitnehmenden».

Eine breite Allianz von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Vollzugsorganen samt

*Zurückgedrängt:
Scheinselbständigkeit
à la Uber.*



Bundesrat hatte sich von Anfang an gegen die Vorlage gestellt. Denn die Praxis zur Unterscheidung von selbständiger und unselbständiger Erwerbsarbeit hat sich bewährt: Sie fusst auf objektiven Kriterien (Weisungsgebundenheit, wirtschaftliche Abhängigkeit und Eingliederung in die Organisation) statt auf formalen Bezeichnungen. Die nun abgelehnte Initiative hätte es Arbeitgebern ermöglicht, sich per Federstrich aus der sozialen Verantwortung zu stehlen – zulasten der Beschäftigten und der öffentlichen Hand.

Im Entscheid des Nationalrats erblickt der SGB einen Etappensieg; er fordert aber weitere Schritte zur Eindämmung der Scheinselbständigkeit, die gerade in der Plattformökonomie, im Dienstleistungsbereich und bei Subunternehmerketten zunimmt. Verlangt wird zum Beispiel, dass bei Plattformbeschäftigten grundsätzlich Arbeitnehmerstatus vermutet wird. Nicht die Lohnabhängigen sollen beweisen müssen, dass ein Arbeitsverhältnis besteht – vielmehr hätte das Unternehmen darzulegen, dass Selbständigkeit vorliegt. Eine weitere Forderung ist die nach kollektivem Feststellungsverfügungsanspruch. Heisst: Gewerkschaften sollten ermächtigt sein, für ganze Gruppen verbindlich klären zu lassen, ob es sich um Angestellte handelt. | *sgb/slt (Foto: lechatnoir/iStock)*

Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

3 Romantisches Ungenügen

Gibt es einen linken Irrationalismus? Herzlich willkommen zu Sternstunde Philosophie. Heute leider nicht mit Barbara Bleisch, sondern mit ihrem dämonischen Body-Double: Toni Fleischmann. Ich fühle mich etwas wirr. Aber keine Sorge. So fühle ich mich seit 1986.

Die Aufklärung hat uns etwas Schönes eingebracht: Vernunft. Auf einmal hatte der Mensch sein Mass gefunden. Auf einmal gab es den Humanismus und seine Werte, die uns Menschen in zwei Kategorien unterschied: freie und unfreie. Gute und schlechte. Menschen und Unmenschen.

Wir Linke sind ja eher strebsame Wesen, und so setzten wir alles daran, zur ersten Kategorie zu gehören. Und es ist uns gelungen. Hurra. Doch haben wir dafür auch einen Preis bezahlt: Wir sind ein bisschen langweilig geworden. Der gute Mensch, das ist nicht der Marquis de Sade, der zum Bankett am Rande der Nacht einlädt. Es ist vielmehr der Nachrichtensprecher, der mit ruhiger Stimme die Katastrophen des Tages zusammenfasst. Es ist der Experte, der vor dem Rechtsrutsch warnt, und der Statistiker, der diesen anhand von Zahlen beweisen kann. Wir lauschen ihm durchaus mit Interesse. Doch manchmal verübeln wir ihm eine gewisse Oberflächlichkeit. Sind das wirklich wir, fragen wir uns dann. Und wir sehnen uns nach intuitiven Erkenntnissen, die unserer metaphysischen Unruhe schmeicheln würden. Gott ist tot, und das mehr denn je. Unser Bedürfnis nach Metaphysik ist jedoch geblieben und es lässt sich auch nicht mit Gourmet-Burger stillen. Der grosse Irrtum der Moderne bestand im Glauben, dass Kultur einfach so den Platz Gottes übernehmen könnte. Sie kann es



Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

nicht, genauso wenig wie der Kapitalismus, übrigens. Denn was treiben dieser Tage die reichsten Typen der Welt? Sie arbeiten an ihrer Unsterblichkeit. Da Gott tot ist, versuchen sie an seine Stelle zu treten. Viel Glück.

Aber was ist mit uns? Uns vernünftigen, guten Menschen? Was ist, wenn es uns einmal nach der Nacht gelüftet? A propos: Den Niveauverlust in unserer Gesellschaft erkennt man am schmerzhaftesten daran, dass niemand mehr unsere Promis fragt, welche Bücher auf ihrem Nachttisch liegen. Die Frage wurde eingestellt, als man herausfand, dass viele glaubten, «Süsskind» sei eine Parfümmarke. Nun. Auf meinem Nachttisch liegt natürlich *Quellen des Selbst* von Charles Taylor. Darin schreibt der geniale Kerl,

dass in unserer Zeit in den öffentlichen Institutionen die Werte der Aufklärung dominieren, während wir im Privatleben an romantischem Ungenügen leiden. Das kann ich nur bestätigen, und ich denke, dass es Ihnen auch so geht: In der Abgeschiedenheit suchen wir doch weiterhin nach dem Absoluten und sind ausserstande, Entscheidungen hinzunehmen, die wir in der öffentlichen Sphäre akzeptieren. Die Rechten haben das erkannt und kultivieren unser Bedürfnis mit dem billigsten Populismus: indem sie uns belügen. Wir sollten ihnen das Feld nicht kampfflos überlassen. Gibt es jenseits der schamlosen Lüge nicht noch einen anderen, einen linken Irrationalismus? Und ich meine damit nicht das Gerede vom Ende des Kapitalismus. Von Utopien wird einem nicht warm ums Herz, denn morgen sind wir bleich und tot. Nein. Ich rede von einer echten Leidenschaft, die nicht trennt, sondern eint. Oder wenn Sie wollen: die Rückkehr des Geistes in Gestalt eines Nachrichtensprechers.

Ihre Toni Fleischmann.

Robert Grimms Reisetagebuch ist als biografisches und historisches Dokument eine interessante Quelle

Ein junger Sozialist auf Wanderschaft

Der spätere Streikführer, National- und Regierungsrat Robert Grimm (siehe Folgeseite) war als junger Buchdrucker auf Gesellenwanderung. Seine Reise zu Anfang des letzten Jahrhunderts, beschrieben im frisch erschienenen Reisetagebuch, führt zu den Ursprüngen der Arbeiterbewegung. | Text: Christoph Schlatter (Bildnachweis: S. 15)

Die Wanderung oder Walz der Handwerks- gesellen ist eine Tradition, die sich zumal im deutschsprachigen Raum zurück bis ins Spätmittelalter belegen lässt. Auch heute noch trifft man da und dort einen Zimmermann, der sich mit breitkrepigem Hut und Schlaghose als fahrender Gesell zu erkennen gibt. Nur noch Folklore? Bereits zu Zeiten, da Robert Grimm seine Wanderschaft antrat, befand sich die ursprünglich zünftische Tradition im Niedergang. Das Ende der Gesellenwanderung, jedenfalls als Massenphänomen, brachte der Erste Weltkrieg, der die Schlagbäume an den Grenzen niedergehen liess. Es hat aber auch die Industrialisierung ihr Teil beigetragen zur Zurückdrängung der jahrhundertealten Gebräuche.

Ausgleichen, lernen, reifen

Man kann der Gesellenwanderung im Wesentlichen drei Funktionen zuordnen. Zum einen war sie eine arbeitsmarktliche Massnahme: «Überzählige» Gesellen zogen so aus übersorgten in unterversorgte Gebiete. Den zweiten Aspekt könnte man neudeutsch als «Know-how-Transfer» bezeichnen; die Walz dient in dieser Logik dem Abschauen und Lernen von anderen und der Weitergabe von Innovation, auch wenn diese im wenig neuerungsorientierten zünftischen System einen schweren Stand hatte. Drittens war eine solche Wanderschaft zweifellos auch verbunden mit Persönlichkeitsentwicklung, allenfalls gar mit Brautschau. Jedenfalls konnte jemand sowohl an den positiven wie auch an den negativen Erfahrungen reifen und Charakter und Ansehen gewinnen.

In einigen Zünften und Branchen war das Wandern über lange Jahrhunderte keineswegs freiwillig, sondern eine Voraussetzung für die Erlangung des Meisterbriefs; wo nicht, war immerhin der Statusgewinn für

die Rückkehrer nicht unerheblich. Unter den frühen Grössen der deutschen Sozialdemokratie gibt es nicht wenige Handwerker, die auf der Walz gewesen waren, etwa August Bebel, Friedrich Ebert, Carl Legien. Übrigens bestand auch die erste Staatspitze der DDR zu einem guten Teil aus «Gewanderten»: Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck waren zu ihrer Zeit als Schreiner auf der Walz.

Kein Geld für Sightseeing

Robert Grimm hatte als Buchdrucker kein typisches Wanderhandwerk gelernt. Ausserdem war sein Wanderpfad, jedenfalls der im Tagebuch beschriebene, schlecht – nämlich zu ländlich – gewählt. Auf dem Weg von Graz durch die südlichen Kronländer der Habsburgermonarchie gab es kaum grössere Druckereien, in denen Grimm hätte zeigen können, was er als Maschinenmeister draufhatte. Er arbeitete ein knappes Jahr in Graz und einen Monat in Görz, damals österreichisch-ungarisch, heute als Gorizia zum grösseren Teil italienisch (und Europas Co-Kulturhauptstadt 2025).

Von den zahlreichen Ritualen und den strengen, für Aussenstehende schwer verständlichen Regeln der Walz war schon zur vorletzten Jahrhundertwende nur noch wenig erhalten. Dass man bestimmte Lokale beispielsweise mit dem Rücken voran zu betreten hätte – keine Rede davon bei Grimm! Doch auch als Vorwärtsgehender unterscheidet sich der wandernde Geselle, von den Touristinnen und Touristen etwa durch Geldmangel. Robert Grimm konnte die Thermen von Warmbad bei Villach oder die Tropfsteinhöhlen von Postojna wegen der hohen Eintrittspreise nicht besuchen.



Robert Grimm (vorne rechts)
1902 in Graz mit Wanderfreunden.

Unterwegs waren gleichzeitig auch jene, die damals mit dem Sammelbegriff «Zigeuner» zusammengefasst und mit Vaganten und Landstreichern oft in einen Topf geworfen wurden. Die fahrenden Handwerker suchten sich von anderen Nichtsesshaften abzugrenzen: Ihr Status sei legal, ihre Existenz gesichert.

Anlaufstellen in jeder Stadt

Das stimmt im Prinzip. Es gab ein grenzübergreifendes System gewerkschaftlicher Reiseunterstützungskassen, so dass die Berechtigten in jedem grösseren Ort ihr Viaticum, ihr Weggeld, abholen konnten. Der Schweizerische Typographenbund, dem Grimm angehörte, wendete zur fraglichen Zeit jährlich 10 000 Franken für wandernde Gesellen auf. Ausserdem konnten diese

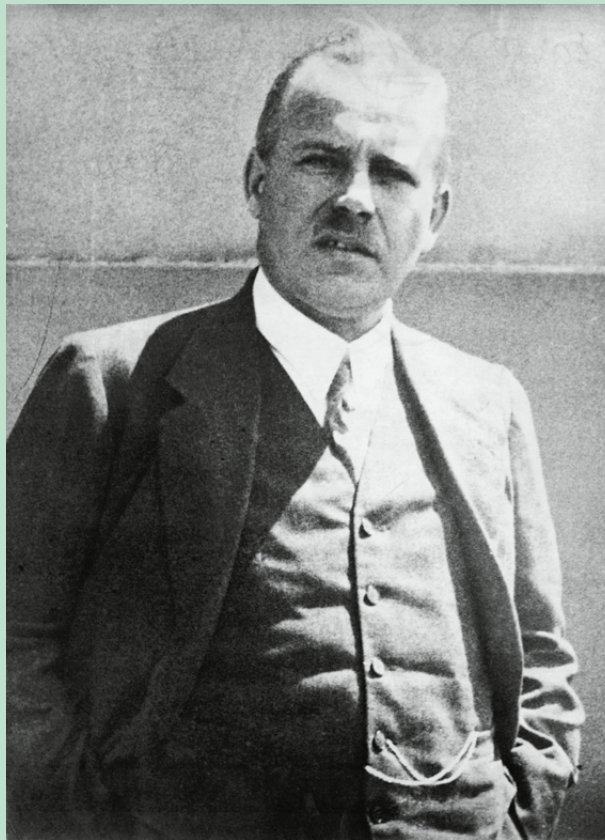
Für viele ist Robert Grimm die bedeutendste Persönlichkeit der Schweizer Arbeiterbewegung. (Allenfalls noch Herman «Papa» Greulich könnte ihm in diesem Concours das Wasser reichen.) Grimm aber verkörpert – zumindest auf den ersten Blick – geradezu idealtypisch die Stationen der Sozialdemokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: vom Klassenkampf und scharfer Opposition gegen den bürgerlichen Staat zur Integration, zu Exekutivämtern und Direktorposten (bei der BLS).

Diese Einordnung ist nicht falsch, aber der Weg Grimms war weiter und eigenständiger, als es den Anschein hat. Der 14-jährige Arbeiterbub wehrt sich dagegen, in die Fabrik einzutreten, wo Eltern und Geschwister 11 Stunden täglich schufteten, und verschafft sich mit Hilfe der Schwester eine Lehrstelle als Buchdrucker. Die Jahre zwischen dem Lehrabschluss (1899) und dem Antritt als Redaktor der *Berner Tagwacht* (1909) sind bewegt. In diese Zeit fällt die Wanderschaft, aber auch die Begegnung mit theoretischen und mit praktischen Herausforderungen des sich organisierenden Proletariats.

Die historisch bedeutendste Rolle spielte Grimm mit seiner Bestrebung, mitten im Ersten Weltkrieg zu einer neuen Einheit der Arbeiterbewegung zu gelangen – auch wenn sie scheiterte. Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) sind die ländlichen Schauplätze des Versuchs, die zerbrochene Internationale zu kitten oder mindestens die Kriegsgegner aus den jeweiligen Parteien zu versammeln. Letztlich findet sich kein Konsens zwischen jenen, die wie Lenin den Krieg direkt in die Revolution münden lassen wollen, und jenen, die einen solchen Pfad nicht sehen. Die von Robert Grimm klandestin organisierten Konferenzen sind dennoch wegweisend, weil sie eine Gegenperspektive formulieren – auch mit der Hauptforderung: sofortiger an-

xions- und entschädigungsloser Abbruch des Kriegs.

Innenpolitisch wurde Robert Grimm dann vor allem als Streikführer bekannt. Aus dem Zürcher Generalstreik 1912 folgerte er, dass auch in einer Demokratie «der Massenstreik zur Notwendigkeit werden» könne. Als Präsident des Oltener Aktionskomitees war er 1918 die massgebliche Figur im Landesstreik; in einem fragwürdigen Prozess verurteilte ihn ein Militärgericht danach wegen Meuterei zu 6 Monaten Gefängnis. Das Resultat sei-



Robert Grimm (1881–1958)

ner Haft war ein Buch: «Die Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen.» In der Zwischenkriegszeit finden wir Grimm als Gemeinderat der Stadt Bern (1918 bis 1938), anschliessend wurde er erster sozialdemokratischer Regierungsrat im Kanton Bern (1938 bis 1948). Die trotz der Absage an Moskaus Dritte Internationale noch lange klassenkämpferische Rhetorik

beginnt sich ab 1933, unter der nationalsozialistischen Bedrohung, zu wandeln. Die bewaffnete Landesverteidigung wird jetzt bejaht; auch das SP-Parteiprogramm von 1935 spiegelt diesen Kurswechsel.

Warum wurde Robert Grimm, der insgesamt 43 Jahre im Nationalrat sass, nicht der erste sozialdemokratische Bundesrat? Die Gründe liegen wohl in Grimms übergroßem Format: Mit seiner rhetorischen Begabung, seiner schnellen Intelligenz und seiner genuinen Autorität war er eine Nummer zu gross für das Amt; Ehrgeiz,

Eigensinn und eine gewisse Ego manie hatten ihm zudem nicht nur Freunde beschert. Die Leitung der für Energieversorgung und -verteilung zuständigen nationalen Sektion Kraft und Wärme, die er 1939 übernahm, war allerdings von ähnlicher Dimension wie ein Bundesratsamt – und in Kriegszeiten überlebenswichtig.

In der Nachkriegszeit steht Robert Grimm – zusammen mit seinem Freund, dem geschäftsleitenden VPOD-Sekretär Max Arnold – wieder deutlich links der Mainstream-Sozialdemokratie. Und noch in seinen letzten Texten kritisiert er die kapitalistische Wirtschaftsorganisation und sieht die Zukunft in der «Gemeinwirtschaft» und in einem demokratischen Sozialismus. Im Gegensatz zu vielen anderen linken Grössen seiner Generation, die im Zickzack oder mit starkem Drall durch die Weltgeschichte eierten, ist Grimm in seinen Kernansichten ziemlich konsistent. Allenfalls im Privat-

leben fehlte ihm solche Stringenz, als er sich von der ersten Ehefrau, der intellektuellen Revolutionärin Rosa Reichesberg geb. Schlain, schied und Jenny geb. Kuhn ehlichte. Diese fand sich in die Rolle der Gattin bürgerlichen Zuschnitts, die dem in immer neue Schlachten ausrückenden Mann den Rücken freihält. | *Christoph Schlatter*
(Foto: Schweizerisches Sozialarchiv)

von den an der Route gelegenen Betrieben der eigenen Branche ein sogenanntes Geschenk erwarten, einen Batzen, mit dem sich die Firmen im Gespräch und am Arbeitsmarkt hielten. Eine weitere Anlaufstelle waren die «Naturalverpflegungsstationen», wo zu essen bekam, wer sich als wandernder Handwerker ausweisen konnte. Auch wenn dieses Essen nicht immer mundete; leider legte der junge Robert Grimm eine hartnäckige Abneigung gegen Knödel an den Tag («diese Art Speise konnte ich nicht zu mir nehmen») – im deutsch-südslawisch-italienischen Grenzraum, wo Knödel nahtlos in Gnocchi übergehen, eine höchst problematische Aversion. Ohnehin war aber Hanf – also Brot – die Hauptverpflegung. Und mehr als einmal gab's auch das nicht oder davon nicht genug: «Bis 8 Uhr widerstand ich dem knurrenden Magen, da machte er aber seine Rechte stürmisch geltend. In der Voraussicht des langen Marsches, den ich noch vor mir hatte, Triest musste auf alle noch erreicht werden bis Abends, machte

ich Halt in einem einsamen Waldwirthshaus, kurz vor der Wegabzweigung nach Görz, und für die letzten 12 Kreuzer kaufte ich mir eine Schale Kaffee und etwas Brot. Ich hätte wohl das Fünffache vertilgt, wenn mir Mittel zur Verfügung gestanden wären, und fechten [= betteln] mochte und konnte ich nicht, denn davor hielt mich der Stolz ab.»

Dieser Stolz ist allerdings wenige Zeilen bzw. Stunden später geschwunden; besonders bei Pfarrhäusern und Klöstern war die Bettelei oft erfolgreich («Mit demütiger Miene, aber mit gefülltem Leibe verabschiedeten wir uns von den Kuttenmännern und zogen unseres Weges»). Das Leben eines wandernden Gesellen anno 1902 war indes nicht nur finanziell prekär. Zur Erfahrung gehörten auch das teilweise miserable Wetter (Schnee



Grimms Wanderroute, hier eingezeichnet im Mittelschulatlask 1911, führt durch die heutigen Staaten Österreich, Slowenien und Italien zurück in die Schweiz.

noch Mitte Mai!) und nächtliche Begegnungen der unangenehmen Art: «Kleine Tierchen, die man gewöhnlich lieber nicht kennen wollte, geschweige denn mit ihnen in Berührung zu kommen, hatten meine Schlafgenossen und mich des erquickenden

Die Nachwanderer

Die Edition des kleinen Wandertagebuches von Robert Grimm hat selbst eine interessante Geschichte und ist Bestandteil eines «spartenübergreifenden» Projekts. Das VPOD-Magazin sprach mit den beiden Herausgebern, Andreas Berz und Bernard Degen. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Monika Wicki)

Alles begann mit einem Zufallsfund: Monika Wicki, die erste Präsidentin der 2010 gegründeten Robert-Grimm-Gesellschaft, förderte in einem Firmenarchiv eine Kopie des Reisetagebuchs ans Tageslicht (das Original lag unbeachtet im Bundesarchiv). Die Gesellschaft setzte dann zunächst andere Prioritäten. Im Jahr 2020 wurde ein Transkript im Internet veröffentlicht. Da war man bereits auf seinen Spuren gewandert: Das Tagebuch wurde zum Anlass genommen, die einstige Grimmsche Tippelstrecke nachzulaufen. Bis 2022 war der gesamte im Reisetagebuch beschriebene Weg nachgewandert, in insgesamt 48 Etappen und in unterschiedlicher Zusammensetzung von Graz bis in die Schweiz.

Wandern wie einst Grimm? Es ist interessant: Heute bezeichnet Wandern eine (ausser für mitgeschleppte Kinder) freiwillige Freizeitbeschäftigung in der Natur, zuvor

war es über Jahrhunderte Pflicht für Handwerkerkesellen. Weitere Unterschiede, den Bodenbelag und das Verkehrsaufkommen betreffend, stachen natürlich auch den heutigen Wanderern ins Auge bzw. in die Sohle (Andreas Berz hat die gesamte Strecke absolviert, Bernard Degen rund drei Viertel davon). Grimm war seinerzeit auf der Landstrasse unterwegs. Damals fuhren ja dort noch keine Autos. Von wegen, wenden Berz und Degen ein, und zitieren das Tagebuch vom 25. Juni 1902, als Grimm im Südtiroler Pustertal unterwegs war:

Indessen machten wir einen Hock vor Franzenfeste, da um 12 Uhr die Durchfahrt von ca. 30 Automobilen vorsichgehen sollte, die vor zwei Tagen Paris verlassen hatten und sich nun auf einer Wettfahrt nach Wien befanden. ... Mittlerweile erblickten wir bereits grosse

Staubwolken, die auf die bewussten Automobile hindeuteten. In längeren Zwischenpausen sausten dieselben an uns vorbei. Wir begrüßten unsererseits die Vehikel jeweils mit einem «Mordshallo». Im Verlauf von 1 Stunde war der Wagentross vorbeigefahren.

Auch andere Komponenten haben sich verschieben müssen, damit aus dem Gesellenwandern das moderne Freizeitwandern werden konnte. Namentlich ist die Existenz von Freizeit dafür eine Voraussetzung. Ausserdem wird, wer 6 Tage pro Woche einen körperlich anstrengenden Beruf ausübt, sich kaum auch noch am Sonntag körperlich verausgaben. Das heutige Wandern fusst wesentlich auf der Lebensreformbewegung der vorletzten Jahrhundertwende. «Wandervogel» lautet das Stichwort. Es ging darum, die negativen Begleiterscheinungen der

Schlafes beraubt, so dass wir froh waren, den Morgen herannahen zu sehen.»

Es ist eine Stärke der unmittelbar niedergeschriebenen Reiseerlebnisse, dass sie keiner nachträglichen Überhöhung, Verklärung oder Weichzeichnung unterliegen, sondern den konkreten Alltag wiedergeben. Dass es ein sehr soziales – im Wortsinn: geselliges – Leben war, geht aus vielen Passagen des Tagebuchs hervor. Zum Glück befand sich Grimm auf der Walz gerade in einer nicht-abstinenten Phase, wo die «Vertilgung einiger «Krügl» gestattet war und wo das Bier, «von einer schwarzäugigen Italienerin serviert», derart mundete, dass sich Grimm «noch einige Schoppen zu Gemüte führte». Es wurde ausserdem «gequatscht», gespielt («Quadräteln», Billard, Kegeln) und auch gesungen. Dass die Diskussionen häufig politischer Natur waren, ist da und dort angedeutet. Etwa wenn Grimm bei Spittal an der Drau auf das Fuhrwerk eines Bauern aufsitzen darf und überrascht ist, «während

des Gespräches zu erfahren, dass derselbe ein Socialist sei». Sein Fazit: «Es scheint aber auch bei der Landbevölkerung allmählich anfangen zu tagen.»

Keimzelle der Gewerkschaften

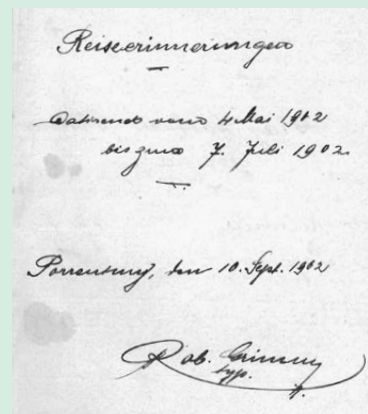
Dass die Gesellenwanderung und überhaupt das Gesellentum eine wirtschaftspolitische und politische Komponente haben, geht nicht nur aus dem Grimm-Büchlein hervor.

Ein halbes Jahrhundert zuvor fand in Frankfurt am Main, quasi als Folgeveranstaltung der Nationalversammlung in der Paulskirche, ein Allgemeiner Handwerker- und Gewerkekongress statt. Meister und Gesellen wollten damals, 1848, gemeinsam dem sich ausbreitenden grenzenlosen Kapitalismus wehren, der ihre

handwerkliche Existenz bedrohte. Allerdings fanden sie sich nicht; die Gesellen spalteten sich ab und organisierten einen Gegenkongress, bei dem sie sich sozusagen als Proletarier outeten und wo der Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern zur Scheidelinie wurde. Die «Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung», der sich die Gesellen anschlossen, steht mit am Ursprung der modernen Arbeiterbewegung in Deutschland.

Für die Schweiz lässt sich der Zusammenhang zwischen der Gesellenwanderung und dem Ursprung der Gewerkschaften fast noch deutlicher belegen. «Die Handwerksburschen, die fern der Heimat in der Regel ungebunden und im Ausland ohne familiäres Beziehungsnetz

Die Titelseite des Reisetagebuchs.



Wanderung auf den Spuren von Robert Grimm, hier bei einer Rast im Pustertal Hündchen Meilo (vorn) sowie (v. l. n. r.) Guy Perret, Andreas Berz, Bernard Degen und Fritz Brönnimann...

Industrialisierung und der Überzivilisation zu überwinden; aus genau diesem Grund ist die Lebensreformbewegung politisch ambivalent und wurde durchaus auf beiden Seiten des politischen Spektrums vereinnahmt.

Zurück ins 21. Jahrhundert: Wer da recht in Freuden wandern will, meidet die Autostrasse und sucht sich naturbelassene Feld-, Wald- und Wiesenwege. In der Schweiz braucht man einfach dem gelben Wegweiser zu folgen – nirgendwo sonst gibt es ein so

akribisch gepflegtes und beschildertes Wanderwegnetz, kein anderes Land der Welt hat das Wandern in der Verfassung stehen. Für die Grimm-Strecke im heutigen Slowenien, in Italien und Österreich löste Fritz Brönnimann das Problem, der ehemalige Gemeindepräsident von Wald BE (und damit auch von Zimmerwald), der in seinem Amt durch das Konferenz-Jubiläum 2015 (siehe S. 12) quasi wie die Jungfrau zum Kind auf Robert Grimm kam. Als Wanderleiter suchte er die heute gangbaren Wege entlang der Strecke aus; er hat auch einen Wanderführer veröffentlicht, der die gesamte «Via Grimm» in mund- und fussgerechte Abschnitte – von «leicht» bis «schwer» – teilt.

Andreas Berz, Mitherausgeber der Textedition, schildert, welche Schwierigkeiten die Herausgeber zu bewältigen hatten. So gab es von dem in deutscher Kurrentschrift geschriebenen Büchlein bereits eine Transkription, die aber an einigen Stellen schlicht falsch war. So bei einer Szene in Marburg an der Drau (heute: Maribor), bei der es um vorenthaltene Essensrationen geht. Erst mit korrekter Transkription – nämlich wie folgt

lebten, hatten das Bedürfnis, sich in einem Verein unter ihresgleichen zusammenzuschliessen, oftmals in Form von geselligen Gesang- oder Lesezirkeln», schreibt Karin Huser in ihrer Monografie über den deutschen Arbeiterverein «Eintracht Zürich», der von 1840 bis 1916 existierte. In dieser Zeit mutierte der Club – es gab viele ähnliche – vom Bildungs- und Geselligkeitsverein, auch angetrieben von politischen Flüchtlingen aus Deutschland, zur sozialistischen Kampforganisation. In dieser Gemengelage erblickt «die Forschung praktisch einhellig die Keimzelle der schweizerischen Arbeiterbewegung», so Huser.

Überwältigt von Meer und Bergen

Zurück zu Grimm, der bereits als gefestigter Gewerkschafter und Sozialist auf der Walz ist und der später – keine seltene Laufbahn für ein Arbeiterkind – von der Druckerei in die «benachbarte» Publizistik wechseln wird. Dem Reisetagebuch merkt man nicht an, dass sein Autor nur 8 Jahre Schulbil-

dung besass. Am überraschendsten sind vielleicht die Naturschilderungen, die weit über Postkarten-Gemeinplätze hinausgehen und echte Überwältigung erkennen lassen. Eine schöne Stelle ist die erste Begegnung des Binnenländers mit dem Meer. An einem anderen Ort verbindet Grimm Naturschau mit politischer Reflexion: «Es gibt doch nichts Grossartigeres, nicht Schöneres als eine Wanderung in den Alpen, fern von dem menschlichen Alltagsgetriebe, von dem ewigen Hasten und Jagen nach fernliegenden unbekanntem Dingen. Wie ganz eigentümlich, wie so seltsam und zugleich wohlthuend berührt eine solche Exkursion das Menschenherz. Wie so wonnig wird man durch das Erklängen der Herdenlocken, vermischt mit dem lustigen Jauch-



Grimm im Jahr 1900.

zer der fröhlichen Sennerin, gestimmt. Gerade durch das Wandern lernt man den unendlichen Reichtum des Natur- und Menschenlebens kennen. Beides fehlt einem Grossteil der heutigen Bevölkerung, das Verständnis für die Naturschönheiten, und auch die heutige soziale Gesellschaftsordnung sorgt dafür, dass so nur einem kleinen Teil ihrer Mitglieder gestattet ist, sich einige Tage zu befreien, um die Natur in ihrer Fülle zu geniessen.»

Bildnachweis

Grimm 1902: Christian Voigt, Robert Grimm, S. 34; Route: Atlas für Schweizerische Mittelschulen, 2. Auflage, Zürich 1911; Titelblatt: Schweizerisches Bundesarchiv; Grimm im Jahr 1900: Schweizerisches Sozialarchiv.

– wird ein Schuh draus (und auch Grimms schon damals unbeugsamer Charakter sichtbar):

Meine Persönlichkeit, die überhaupt nicht dazu veranlagt ist, wenn ihr Unrecht geschieht, zu kuschen, und wenn auch ein Jünger der heiligen Herman-dad die Sprache führt, nahm die Geschichte nicht so ruhig hin und machte ihr Recht auch vor diesem windischen Polizistenbeutel geltend. Trotz wieder-

holter Androhung der Arretierung liess ich mich nicht abspeisen.

Windisch ist die deutsche Bezeichnung für slowenisch. Sich selbst nennen die Gesellen Kunden – oder dufte Brüder. Wandern heisst bei ihnen auch *tippeln*, betteln nennt man *fechten*. Die *Fleppe* ist ein Ausweis, und wer von der Polizei kontrolliert wird, wird daher *gefleppt*. Einige Begriffe sind in die allgemeine Sprache übergegangen, so *Hanf* für Brot (*eine Scholle Hanf* ist in der Schweiz noch weitherum geläufig für ein Stück Brot). Die Herausgeber konnten mit detektivischem Gespür auch Entlegenes rekonstruieren. Da ist die Rede von der *Honigstadt*? Gemäss einem österreichischen Zeitungsartikel von 1924 über «Zigeunersprache» heisst Wien *Gwinakro foro*, weil im Wort für Honig (*gwin*) die Lautung anklingt. Zum von Berz und Degen lustvoll gehandhabten Editoren-

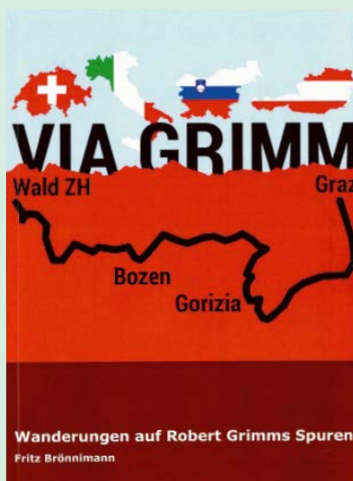
handwerk gehört auch die Recherche nach vorkommenden Personen und Umständen. So stellt sich heraus, dass Robert Grimm in seinem Grazer Jahr mit der Spitze der dortigen Sozialdemokratie verkehrte. Bloss zu einer Passage konnten die Editoren nichts Näheres in Erfahrung bringen:

Um aber nicht den ganzen Tag zu versumpfen, kehrten wir in die Stadt zurück und hatten dortselbst Gelegenheit, den Football-Match zwischen dem Cillier und dem Laibacher Verein mitanzusehen. Sieger blieb Cilli mit 3:0 Goals.

Eine Berichterstattung über diese neomodische Randsportart namens Fussball gab es in der Presse damals noch nicht.

Robert Grimm: Von meiner Gesellenwanderung (1900–1902). Aufzeichnungen des bedeutenden Politikers als junger Mann, herausgegeben von Andreas Berz und Bernard Degen, Zürich (Chronos) 2025. 117 Seiten. 10 Abbildungen. CHF 22.

Fritz Brönnimann: Via Grimm. Wanderungen auf Robert Grimms Spuren, Bern und Zürich (Robert-Grimm-Gesellschaft) 2023. 53 Fotos, 48 Kartenausschnitte und Höhenprofile. CHF 20 (bestellbar beim Autor, siehe Bildlegende auf dieser Seite).



...für alle nachwanderbar dank dem Wanderführer des Letzteren (bestellbar durch Einsendung eines Zwanzgernötis an Fritz Brönnimann, Willishalten 3, 3086 Zimmerwald).

Die Gesellenwanderung ist in die Populär- und Hochkultur eingegangen – Höhepunkt: Franz Schuberts Liedschaffen

«Fremd bin ich eingezogen»

Es konnte nicht ausbleiben, dass ein so langanhaltendes Phänomen wie die Gesellenwanderung Eingang fand in die Kultur. Niederschlag findet sich vom Grimm-Märchen bis zum Tatort-Krimi (Box) – mit einem Höhepunkt bei Franz Schubert und seinen Liedzyklen («Die schöne Müllerin» und «Winterreise»). | Text: Christoph Schlatter



Franz Schubert (1797–1828) hat keine 32 Jahre gelebt und dennoch ein überaus reiches musikalisches Werk hinterlassen; in unserem Zusammenhang sind besonders die zwei Liedzyklen von Interesse. Schubert gilt ja als der eigentliche Erfinder des Kunstlieds; er hebt das kurze Stück für Singstimme und Klavierbegleitung, das es natürlich auch schon vor ihm gab, in eine neue Dimension. Keine frömmelnden Andachten, keine verzärtelten Idyllen mehr: Bei Schu-

bert geht es ans Eingemachte, hier werden die grossen Erfahrungen und Emotionen menschlicher Existenz verhandelt, Hoffnung und Liebe, Sehnsucht und Resignation, Aufbruch und Tod. Schubert habe, schreibt der Sänger Dietrich Fischer-Dieskau, «eine Welt von Poesie in Musik verwandelt». Und zwar auf eine Weise, die auch 200 Jahre danach noch unmittelbar berührt.

Eine unmögliche Liebe

Das gilt speziell für «Die schöne Müllerin», die auf Texte von Wilhelm Müller (1794–1827) komponiert ist. Der Zyklus erzählt in 20 Liedern nachvollziehbar die Geschichte eines Müllerburschen auf Gesellenfahrt («Das Wandern ist des Müllers Lust»), der auf einer Mühle Arbeit findet («Nach Arbeit ich frug»), sich dort handwerklich bewährt («Und der Meister spricht zu allen: Euer Werk hat mir gefallen») und verausgibt («Hätt' ich tausend Arme zu rühren»), um die Tochter des Meisters zu beeindrucken, in die er sich verliebt hat («Dass die schöne Müllerin merkte meinen treuen Sinn»). Diese macht ihm zunächst Hoffnung («Wir sassen so traulich beisammen»), um ihn dann zugunsten eines lokalen Jägers fallenzulassen, der offenbar mehr soziales und erotisches Potenzial aufweist als der Müllergesell. Dieser muss enttäuscht weiterziehen und ergibt sich zunehmend Todesfantasien («Und Blümlein liegen in meinem Grab»). Das letzte Lied («Des Baches Wiegenlied») deutet einen Suizid an.

Der Bach, schon zuvor Dialogpartner des Müllergesellen, spricht: «Wandrer, du müder, du bist zu Haus. Die Treu ist hier, sollst liegen bei mir, bis das Meer will trinken die

Bächlein aus.» Darüber rollen sacht beschwichtigend die Wellen des Klaviers, das bei Schubert stets mehr als blosse Begleitmusik liefert.

«Die schöne Müllerin» entstand 1823; vier Jahre später nahm sich Schubert erneut einen Gedichtzyklus Wilhelm Müllers vor, die «Winterreise»: «Fremd bin ich eingezogen, fremd zieh' ich wieder aus.» Überliefert ist die Reaktion der Freunde auf den Vortrag der neuen Gesänge durch den Komponisten: «Wir waren über die düstere Stimmung dieser Lieder ganz verblüfft, und Schober sagte, es habe ihm nur ein Lied, der «Lindenbaum», gefallen.» Auch wenn die «Winterreise» weniger linear und weniger konkret ist als die «Müllerin», ist auch hier das Motiv des Wanderns gegenwärtig, wie auch vielerorts sonst in Schuberts Œuvre («Der Wanderer an den Mond», Wandererfantasia usw.). Das ist darum bemerkenswert, weil Schuberts geografischer Lebensradius recht klein war. Er ist in Wien geboren und gestorben; die weiteste Reise führte ihn auf Schloss Zseliz (damals Ungarn, heute slowakisch Zeljezovce), wo er im Sommer 1818 und nochmals 1824 als Musiklehrer wirkte. Er kam auch nach Graz oder Linz oder Bad Gastein. Aber selbstverständlich ist das Wandern bei Schubert – überhaupt in der Romantik – immer auch Metapher; es steht für Ruhe- und Heimatlosigkeit, für die Flüchtigkeit des Glücks und die Beständigkeit des Wandels.

Tod auf der Walz

Am 6. November 2005 wurde im Rahmen der «Tatort»-Krimireihe die 613. Folge unter dem Titel «Tod auf der Walz» erstausgestrahlt; es ermittelten im Milieu heutiger fahrender Zimmerleute die Münchner Kriminalhauptkommissare Ivo Batic (Miroslav Nemeč) und Franz Leitmayr (Udo Wachtveitl). Es war ihr 41. Fall. Mittlerweile stehen sie bei 98, nach Nummer 100 soll Schluss sein. | slt



An der Grenze

Gustav Mahler (1860–1911) lebte mehr als ein halbes Jahrhundert nach Schubert an der Grenze zwischen dem romantischen und dem modernen Zeital-

ter der Musik. Mit Stationen in Hamburg, Wien, St. Petersburg und New York war er im Gegensatz zu Schubert ein Weitgereister. Für seine frühen «Lieder eines fahrenden Gesellen» schrieb er den Text selbst. Der Bezug auf Schubert ist vor allem wegen des im Schlusslied erwähnten Lindenbaums klar; inhaltlich geht es allgemein um Liebespein, ohne dass spezifisch Gesellentypisches



und im «Tapferen Schneiderlein». Weniger bekannt ist «Daumerlings Wanderschaft», worin die schlechte Verköstigung von Gesellen Thema ist, aber auch die Kommunikation unter ihnen: Ein (daumengrosser) Schneider auf Wanderschaft «ging auch bei einem Meister in die Arbeit, aber das Essen 'war ihm nicht gut genug».

< F r a u

Meisterin, wenn sie uns kein besser Essen gibt», sagte Daumerling, «so gehe ich fort und schreibe morgen früh mit Kreide an ihre Haustüre: Kartoffel zu viel, Fleisch zu wenig, adies, Herr Kartoffelkönig.»

Schweizer Schubert?

Dass wir bei unserer kleinen Wanderung vor allem in der romantischen Epoche hängengeblieben sind, ist wie angedeutet kein Zufall. Auch bei Joseph von Eichendorff, dem romantischsten aller Romantiker, dient das Wandern als Sinnbild für das Leben schlechthin, ohne dass dabei allerdings das Handwerk und die Arbeit sonderlich gepriesen würden. Im Gegenteil: «Aus dem Leben eines Taugenichts» erzählt, wie einem Müllersohn die Liebe seiner Angebeteten und der Eintritt in höhere Sphären gewährt wird, weil er ein freundliches Wesen hat und so schön auf der Geige spielt. Auch dieser Geselle singt Wanderlieder, namentlich das berühmte «Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt» (auch unterm Titel «Reisesege»).

Die heute noch geläufige Vertonung dieses Gedichts ist das bekannteste Stück des Schweizer Komponisten Friedrich Theodor Fröhlich (1803–1836), der jung durch Suizid in der Aare starb. Ein verkanntes Genie? Noch ist der grosse Teil der vielen Werke Fröhlichs weder gedruckt

noch aufgeführt; was bekannt ist, ist «reich an gefühlhaftem Ausdruck und an unerwarteten Wendungen» (Wikipedia). Eine 2017 gegründete Fröhlich-Gesellschaft versucht, den kompositorischen Schatz allmählich zu heben und zur Aufführung zu bringen. Was man bis dato hören kann, erinnert unwillkürlich an Schubert.

Damit sind wir zurück am Ausgangspunkt. Und stellen zugleich fest, dass das berühmteste Gesellenlied, die Nr. 1 aus der «Schönen Müllerin», in zwei Fassungen existiert: Neben derjenigen von Schubert gibt es eine einfacher gestrickte, volksliedhafte Männerchorfassung («Das Wandern ist des Müllers Lust, das Waa-haandern...») von Carl Friedrich Zöllner (1800–1860). Dieses Lied weist den Weg in die Zeit, wo Wandern allmählich zur Freizeitbeschäftigung wurde. Im

Kontext der Lebensreform – und vor allem im Rahmen der (deutschen) Jugendbewegung – wurde es jetzt gepflegt. Dazu passen die Gesänge «Aus grauer Städte Mauern» und «Wenn die bunten Fahnen wehen».



Die naive Lyrik («Die zwei blauen Augen von meinem Schatz») liegt nahe an den Versen aus populärer Überlieferung, wie sie in «Des Knaben Wunderhorn» von Clemens Brentano (1778–1842) und Achim von Arnim (1781–1831) zusammengetragen sind. Aus diesen Beständen an echter oder

angeblicher Volkslyrik hat sich Mahler wiederum für die Gesangssolos seiner Sinfonien 2 bis 4 bedient. – Weitere Gesellen durchstreifen die Oper (in Albert Lortzings «Zar und Zimmermann» arbeitet Zar Peter I. inkognito als Zimmermannsgeselle auf einer Werft) und die Operette (Eduard Künnekens «Der Vetter aus Dingsda» enthält den einstigen Wunschkonzert-Hit «Ich bin nur ein armer Wandergesell»).

Brentano und von Arnim, die «Des Knaben Wunderhorn» herausgegeben haben, haben ihrerseits Jacob (1785–1863) und Wilhelm Grimm (1786–1859) zu ihrer Märchensammlung angeregt. Auch den Brüdern Grimm war – typisch für die deutsche Romantik – am Ursprünglichen, Unverfälschten gelegen. Da erstaunt nicht, dass auch in den Märchen fahrende Handwerker zahlreich auftauchen, am prominentesten in «Tischchen, deck dich!»



Bildnachweis

- 1 Franz Schubert (Gemälde von Wilhelm August Rieder, 1875; Wien-Museum).
- 2 Wilhelm Müller (Stich von Johann Friedrich Schröter, um 1830).
- 3 Gustav Mahler in Hamburg (Foto von Leonard Berlin, 1882, Mahler Foundation).
- 4 Des Knaben Wunderhorn (Foto H.-P. Haack).
- 5 Brüder-Grimm-Denkmal auf dem Marktplatz Hanau (Blinkeye).
- 6 Reisesege (Wem Gott will rechte Gunst erweisen) (Liederbuch für die Deutschen in Österreich von Josef Pommer, 5. Auflage, Wien 1905).
- 7 Das Wandern (Erstausgabe der Schönen Müllerin, Wien, Sauer & Leidesdorf, o.J., ca. 1824/IMSLP Petrucci-Bibliothek). Alle ausser 7: Wikimedia CC



Importverbot: Auf der Sanktionsliste gegen Russland steht auch Kaviar.

Freibrief für Rohstoffmultis?

Die Organisation Public Eye kritisiert den Bundesratsbericht zur Umsetzung der Russlandsanktionen: Er enthalte zwar «ein paar brauchbare Vorschläge», aber keine konkreten Massnahmen. Auch der wichtigste Unterschied zur Regelung in der EU bleibt unkommentiert: Es gibt keine Sorg-

faltspflichten für im Ausland tätige Tochtergesellschaften von Schweizer Unternehmen. Dieses Schlupfloch bleibt offen; eine Motion der Zürcher SP-Nationalrätin Mattea Meyer möchte das ändern. | [publiceye/slt](#)
(Foto: Vitaly Schamchikov/Wikimedia CC)

Deutscher Mindestlohn steigt

Der Mindestlohn in Deutschland steigt in den kommenden beiden Jahren in zwei Schritten auf 14,60 Euro pro Stunde. Die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Andrea Koscis spricht von einer «erheblichen finanziellen Verbesserung für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor», auch wenn die geforderten 15 Euro in der Kommission nicht durchgesetzt werden konnten. Ab 2027, wenn die zweite Etappe greift, werden Mindestlohnbeschäftigte bei 40 Wochenarbeitsstunden monatlich 310 Euro mehr bekommen. Gemäss EU-Richtlinie soll der

Mindestlohn in den EU-Staaten 60 Prozent des Medianlohns ausmachen. Bei der Einführung vor 10 Jahren lag er in Deutschland bei 8,50 Euro pro Stunde. | [slt/verdi](#)

UK: 3,2 Prozent reichen nicht

Die kommunalen Beschäftigten Grossbritanniens, die in der Gewerkschaft Unite zusammengeschlossen sind, haben ein Lohnangebot der Arbeitgeber abgelehnt. In der Urabstimmung wurde der einseitige Vorschlag (3,2 Prozent plus) mit Fünftstelmehrheit verworfen. Auch die Gewerkschaften Unison und GMB empfahlen eine Ablehnung mit dem Hinweis, dass der drastische Kaufkraftverlust der letzten Jahre damit nicht annähernd kompensiert wird. Seit 2010 sind die Löhne der städtischen Angestellten im Vereinigten Königreich real um 30 Prozent gesunken; 6 Kommunen sind in Konkurs

Wirtschaftslektion Schutzklauseln sind ineffizient

Das Thema Einwanderung ist in Bundesbern negativ besetzt. Obwohl in der Schweiz ohne Berufstätige aus dem Ausland nichts funktionieren würde. Und obwohl die Immigrantinnen und Immigranten die Schweiz in vielerlei Hinsicht bereichern haben – und noch bereichern. Bundesrat Jans ging in den letzten Wochen so weit, die «Schutzklausel» im EU-Abkommen als Feuerlöscher zu bezeichnen. Obwohl bereits das Wort «Schutzklausel» irreführend ist. Mit dieser «Schutzklausel» kann die Schweiz bei «schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen» «Schutzmassnahmen» beantragen. Diese Probleme sollten «auf die Anwendung des Abkommens zurückzuführen» sein. Die wirtschaftlichen Probleme müssen also in irgendeiner Form durch das Freizügigkeitsabkommen verursacht sein. Das dürfte in der Realität kaum der Fall sein, da etwa eine hohe Arbeitslosigkeit die Folge von

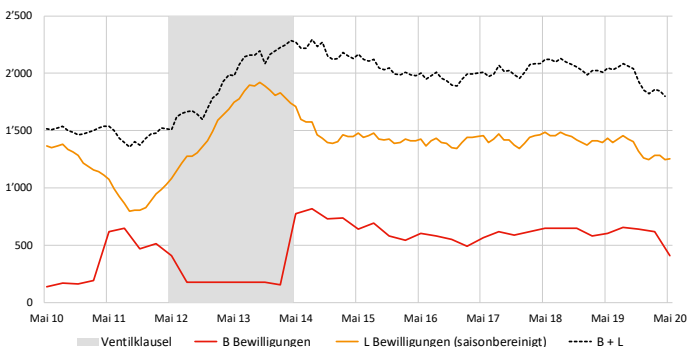
Konjunkturproblemen im Inland ist. Zudem geht die Einwanderung in einer Rezession sowieso stark zurück. Und Wohnungsnot ist zunächst durch zu geringe Bautätigkeit verursacht. Wo Firmen versuchen, Personal aus dem Ausland zu Dumpinglöhnen zu rekrutieren, müssen dagegen die flankierenden Massnahmen greifen oder verstärkt werden.

Wenn es Arbeitslosigkeit, Lohndruck oder andere Probleme gibt, müssen diese durch konjunktur-, arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Massnahmen im Inland gelöst werden. Das geht am schnellsten und ist am wirkungsvollsten. Die Schutzklausel ist hingegen schwerfällig und ineffizient. Der ganze Prozess – von der Feststellung wirtschaftlicher Probleme über den Entscheid des Schiedsgerichtes bis zur Umsetzung in der Schweiz – wird in den meisten Fällen deutlich länger als ein Jahr dauern. Wenn die Schweiz wieder Ausländer-Kontingente einführen will, müsste zudem das Personal rekrutiert und ausgebildet werden, damit in der Schweiz über 100 000 Bewilligungen bearbeitet werden können. Das würde nochmals viel Zeit in Anspruch nehmen. Nur schon deshalb hinkt der Vergleich der Schutzklausel mit einem Feuerlöscher.

«Schutzklauseln» gab es bereits in der Vergangenheit. Sie haben sich nicht bewährt. So hat der Bundesrat die Jahresaufenthaltsbewilligungen für Arbeitnehmende aus der EU-8 von 2012 bis 2014 beschränkt. Die Unternehmen sind dann auf die prekäreren Kurzaufenthaltsbewilligungen ausgewichen, die den Arbeitnehmenden weniger Aufenthaltssicherheit geben und die mit schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden sind. Auf die Höhe der Migration hatte das keinen Einfluss – die «Qualität» hat sich aber verschlechtert.

| Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Neue Aufenthaltsbewilligungen B und L für EU-8-Staatsangehörige (Personen, Periode mit Ventilklausel für Kategorie B in beige)



gegangen, 40 Prozent sind davon bedroht. Laut Unite braucht es eine Reform des Finanzierungssystems mit stärkerer Beteiligung der Zentralregierung. Ansonsten stünden die Städte unter dem Dauerdruck, Dienstleistungen abzubauen und Löhne zu drücken. | *egöd/slt*

OECD kritisiert die Schweiz

Der Entwicklungsausschuss der OECD kritisiert laut Mitteilung von Alliance Sud die Kürzungen beim Budget der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Auch wird die Schweiz in diesem Bericht angehalten, ihre Unterstützung der Ukraine nicht zulasten des regulären Entwicklungshilfebudgets vorzunehmen, damit nicht das «geschätzte und wirksame langfristige Engagement in den ärmsten Ländern» untergraben wird. Vor einer allfälligen Rückkehr zur sogenannten gebundenen Hilfe («tied aid»),

bei welcher Zahlungen an Gegengeschäfte geknüpft werden, warnt die OECD. Diese Praxis komme auch die Geberstaaten teurer zu stehen als eine offene Vergabe. Lob spricht die OECD der Schweiz für ihre Evaluationspraxis aus, ebenso für ihre Bereitschaft, sich in langfristigen und komplexen Projekten zu engagieren. | *alliancesud/slt*

Spanien: Feuerwehr schlägt Alarm

Die Berufsfeuerwehrlaute Spaniens haben Mitte Juni – am Vorabend der Waldbrandsaison – mit landesweiten Protesten auf drastische Unterbesetzung und den Mangel an Ressourcen aufmerksam gemacht. In der Region Madrid sind vom Sollbestand – rund 450 Stellen – derzeit weniger als die Hälfte besetzt. Auch bei einem Protest vor dem Parlament wurden die aktuellen Forderungen vorgetragen, etwa die Umwandlung von befristeten in unbefristete



Wo Rauch ist, ist Feuer:
Spaniens Berufsfeuerwehren schlagen Alarm.

Anstellungen, die Umsetzung eines Risikoplans und die Anerkennung als Beruf mit besonderen Belastungen. Die bereits beschlossene Aufstockung des Budgets reiche nicht aus für eine zuverlässige Abwehr der klimabedingt zunehmenden Gefahren, heisst es von Gewerkschaftsseite. | *egöd/slt*
(Foto: José Miguel Sanchez/iStock)

Wer war's? Die Bildhauerin

In der bildenden Kunst hatten Frauen lange einen schweren Stand. In jüngster Zeit holen Ausstellungen das Werk von Malerinnen aus dem Dunkel. In Lausanne beispielsweise waren Gemälde von Marie Bracquemond zu sehen, die wie Berthe Morisod zum impressionistischen Kreis gehörte. Ob Fachleute die Werke dieser beiden bei einer Blinddegustation (haha!) zuverlässig von einem Manet, Monet oder Degas zu unterscheiden vermöchten? Übrigens trifft es nicht zu, dass Frauen bloss «im Schatten» wirkten. Suzanne Valadon nahm und malte sich junge Liebhaber, und Tamara de Lempicka verdiente in den 1920er Jahren mit ihren Art-déco-Stücken fett Geld. Aber auch sie geriet später in Vergessenheit.

Eine Domäne allerdings galt lange Zeit für besonders unweiblich: die Bildhauerei. Wichtigste Exponentinnen der Gattung sind wohl Camille Claudel und Käthe Kollwitz – und die heute Gesuchte. Dabei gab es schon im frühen 17. Jahrhundert in Flandern eine gewisse Maria Faydherbe, die Madonnenstatuen schuf. Bekannt ist sie auch wegen eines Streits mit der Künstlergilde St. Lukas. Ist Faydherbe dort wegen ihres Geschlechts die Aufnahme verweigert worden? Die neuere Forschung zweifelt daran. Auch Luisa Roldán machte im 17. Jahrhundert sakrale Kunst, und zwar in Madrid. Sie wirkte am Hof und war Mitglied der Akademie. Warum sie dennoch verarmte? Ungeklärter Fall.

Die vielleicht berühmteste Bildhauerin aller Zeiten suchen wir heute. Wobei man sich bei der Fahndung nach ihr nicht zu sehr auf das Hauen versteifen sollte – und auch nicht auf eventuelles Stechen. Immer schön geschmeidig bleiben! Ansonsten konzentrieren wir uns hier auf die unruhigen Zeiten, in denen die Gesuchte lebte. Als junge Frau wurde sie in Paris Zeugin der Revolution und des

darauffolgenden Blutausgangs. 1802 reiste sie nach England, wo sie den Rest ihres 88 Jahre währenden Lebens verbrachte, erst wandernd, dann stationär. Dass sie als Kind einige Jahre in Bern gelebt hat, dürfte zutreffen, nicht aber die von ihr selbst aufgestellte Behauptung, sie sei in Bern auch zur Welt gekommen und ihre Mutter sei eine Schweizer Pfarrerstochter gewesen.

Trefflich streiten lässt sich über die Frage, ob Frau X. eher Künstlerin oder eher Unternehmerin gewesen ist. Klar ist, dass sie unter dem Namen ihres Ehemannes berühmt wurde – und dass ihr Vorname oft unter den Tisch fällt. Er ist auch für die Wettbewerbsteilnahme nicht zwingend. Lösungsvorschläge können bis 9. September auf postalischem (VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich) oder elektronischem Weg (*redaktion@vpod-ssp.ch*) eingereicht werden. Mit Büchergutscheinen (100, 50, 20 Franken) werden drei Glückliche belohnt. | *slt*

Es war Jean Jaurès

«Jaurès? – Jaurès!» Einmal in aufsteigendem, dann in sinkendem Ton sagt die Metrosprecherin in Paris die Station im 10. Arrondissement an, die benannt ist nach Jean Jaurès (1859–1914), dem im letzten Heft hier beschriebenen französischen Sozialisten und Pazifisten. Tragisch: Ein grosser Warner vor dem Krieg wurde am Vorabend des Weltkriegs von einem nationalistischen Fanatiker erschossen. Dass der Mörder straffrei ausging und dass die Prozesskosten der Witwe des Opfers überbürdet wurden, ist ein erstklassiger Justizskandal. Jaurès wurde u. a. von Max Hallauer (Zürich), Ruth Mikovic (Goldau) und Werner Murer (Zürich) identifiziert. | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 21. Juni 2025

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im Restaurant Falken in Zürich getagt und hat

- die Jahresrechnung 2024 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen (Verbandsrechnung und Finanzierungsfonds) genehmigt. Das Betriebsergebnis ist mit einem Minus von CHF 766 000 schlechter als im Vorjahr und schlechter als budgetiert. Ein glücklicherweise sehr starkes Finanzergebnis fängt das Defizit soweit auf, dass eine rote Null resultiert. Vom Finanzplan 2026/27 hat die Delegiertenversammlung Kenntnis genommen, ebenso vom Bericht über die Kollektivkrankenkasse und vom Bericht über die drei VPOD-Stiftungen.
- einen Antrag der Region Bern Städte Gemeinden Energie für ein geringeres Defizit im nächsten und eine ausgeglichene Bilanz im übernächsten Budget zugunsten eines Gegenantrags des Leiters Finanzen verworfen. Gemäss dem mit beträchtlicher Zahl Gegenstimmen angenommenen Gegenantrag wird das Zentralsekretariat mit einer umfassenden Analyse der Finanzsituation des VPOD beauftragt sowie mit der Ausarbeitung einer Finanzstrategie, mit welcher das strukturelle Defizit mittelfristig überwunden werden kann. Dazu sind die relevanten Gremien und Instanzen einzu beziehen.
- Erich Fehr, Region Bern Städte Gemeinden Energie, als neues Mitglied der GRPK gewählt.
- Marie-Odile Heim, Region Waadt, als neues Mitglied des Landesvorstandes gewählt.
- Rückmeldungen von Teilnehmenden des Runden Tisches und der Task Force sowie Informationen zur Nachfolgeplanung im Generalsekretariat gehört. Die traktandierten Anträge der Regionen Luftverkehr, Schaffhausen und Bern Städte Gemeinden Energie («Demokratisierung des Landesvorstandes», «Für ein zeitgemässes VPOD-Präsidium» sowie «Stärkung der Regionen – Ressourcen an der Basis einsetzen») wurden zugunsten einer weiteren Diskussion in den Regionen zurückgezogen; folglich wurde auch über

die Gegenanträge des Generalsekretariats einstweilen nicht entschieden.

- einstimmig eine Solidaritätsnote zugunsten der US-amerikanischen Service-public-Gewerkschaften im Kampf gegen Trump verabschiedet.
- die Termine der Jahresplanung 2026 fixiert. Delegiertenversammlungen des Verbandes sind für 20. Juni und für 21. November (jeweils Samstag, 11 Uhr, Zürich) geplant.

*Christian Dandrès, Präsident
Philippe Martin, stv. Generalsekretär*

VPOD-Landesvorstand vom 1. Juli 2025

Der VPOD-Landesvorstand hat als Onlinekonferenz getagt und hat

- eine Delegation der VPOD-Region Luftverkehr empfangen und ausführlich über deren Antrag diskutiert, mit dem Verband Verhandlungen über eine Kollektivmitgliedschaft der Region zu führen. Der Landesvorstand ist weiterhin gesprächsbereit, vertritt jedoch mehrheitlich die Auffassung, dass ein Entscheid über diese Frage detaillierterer Grundlagen bedarf. Mit Mehrheitsentscheidung ist der Beschluss über die Aufnahme von Gesprächen auf die folgende Sitzung (29. August, Lausanne) verschoben.
- einem Plan zugestimmt, wie die Erkenntnisse aus dem Runden Tisch vom 17. Mai weiterbearbeitet und im VPOD implementiert werden sollen.
- Zentralsekretär Fabio Höhener als Nachfolger von Zentralsekretär Philippe Martin die Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs übertragen. Philippe Martin zieht sich auf eigenen Wunsch aus dem Amt zurück, weil dieses infolge der Vakanz im Generalsekretariat derzeit sehr zeitaufwendig ist und er sich wieder verstärkt seinen angestammten Dossiers widmen möchte. Seine hervorragende Arbeit in einer schwierigen Phase wird verdankt.
- gemäss Auftrag der Delegiertenversammlung des Verbandes Abstimmungsparolen gefasst: für den 21. September Ja zum E-ID-Gesetz und in stillschweigender Übernahme der SGB-Parole Nein zur Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung;

für den 24. November analog zu früheren Beschlüssen Ja zur Juso-Initiative «für eine Zukunft».

- drei neue Kolleg:innen als Mitglieder der VPOD-Gesundheitskommission ratifiziert: Laura Adamo (Basel), Bastian Caputo (Waadt), Marta Lehmann (Zentralschweiz).
- der administrativen Überführung der bisher autonomen Sektion «Theater St. Gallen» in den VPOD Ostschweiz (de facto per sofort, formal ab 1. Januar 2026) zugestimmt.

*Christian Dandrès, Präsident
Fabio Höhener, stv. Generalsekretär*

Rote Köpfe

Wieder stehen hier so viele amtliche Durchsagen, dass das gewerkschaftliche «Glanz und Gloria» an einem kleinen Ort Platz haben muss. Also: Das SGB-Sekretariat wird neu in einer Co-Leitung von **Daniel Lampart** und **Gabriela Medici** geführt. Medici übernimmt zugleich das Dossier Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz und Internationales von **Luca Cirigliano**, der den SGB nach 13 Jahren engagierten Wirkens verlässt. In seine Periode fiel als dringende Herausforderung die Corona-Pandemie; Dauerbrenner waren Fragen rund um den Kündigungsschutz. Wohin es Cirigliano zieht, wurde nicht mitgeteilt. Das Dossier Sozialversicherungen wird im Herbst neu besetzt.



Als ehemalige SGB-Sekretärin kann man ja noch allerhand werden. Das Beispiel von

Doris Bianchi (die Personalie ist nicht mehr ganz taufrisch, siehe oben) zeigt dies: Bianchi, aktuell Chefin der Bundespensionskasse Publica, ist von Bundesrätin Baume-Schneider zur Direktorin des Bundesamts für Sozialversicherungen gemacht worden. Ziemlich interessante, aber auch ziemlich knifflige Aufgabe! (Vorgänger Stéphane Rossini musste den Schreibtisch wegen falscher AHV-Prognosen räumen.) | slt (Foto: SGB; Keystone)



Kollege B.: Dank VPOD Entschädigung und verbessertes Arbeitszeugnis erstritten

Knick auf der Zielgeraden

Zunächst hatte es den Anschein, als ob die Vereinsliquidation für den Geschäftsführer, den Kollegen B., glimpflich ausgehe. Plötzlich tauchte eine böse Überraschung auf. Berufslaufbahnen können noch auf der Zielgeraden geknickt werden, wenn Pech im Spiel ist. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: liouzojan/iStock)



Pech auf den letzten Metern: Kollege B. verlor mit 61 den Job und musste vor die Schlichtungsstelle ziehen.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

«Zuerst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu»: Dieses Sportler-Zitat (Urheber: Fussballer Jürgen «Kobra» Wegmann) könnte als Motto auch über der Geschichte des Kollegen B. stehen. Er war langjähriger Geschäftsführer eines sozial engagierten Vereins. Dieser ging bei der erneuten Ausschreibung eines Auftrags durch die Behörde plötzlich leer aus; den Zuschlag für die weitere Durchführung erhielten andere Organisationen. Als Folge dieser Entscheidung kippten umgehend die Vereinsfinanzen in Schieflage; man beschloss daher Auflösung und Liquidation für das folgende Jahr. Einen Konkurs wollte man unbedingt abwenden. Zwar kämpfte man weiter für das Mandat, aber nach der ersten Ablehnung einer Beschwerde mit wenig Hoffnung, dass die zweite Instanz den Auftrag zurückbringe.

Aus Angebot wird Aufhebung

Für den Geschäftsführer, Kollege B., bedeutete diese Entscheidung die Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Er wurde per sofort von seiner Funktion entbunden. Damit die Vereinsauflösung geordnet ablaufen konnte, bot der Vorstand ihm eine Stabs-

stelle mit Beratungsfunktion in einem befristeten Pensum zu 80 Prozent an. Für die gesetzeskonforme Durchführung eines Liquidationsverfahrens seien spezifische Fachkenntnisse erforderlich, über die der Verein – und auch B. – nicht verfüge, schrieb der Vorstand. Solches Wissen müsse er bei einer Wirtschaftsberatungsfirma teuer einkaufen, weshalb er gezwungen sei, auch im Kaderbereich einschneidende Massnahmen zu treffen.

Weil die Funktion eines Geschäftsführers nun von der Beratungsfirma abgedeckt wurde, die dem Vorstand direkt rapportierte, erhielt B. die Kündigung und das erwähnte Angebot. Er unterschrieb diesen neuen Arbeitsvertrag in der Überzeugung, bis dahin eine gesicherte Anstellung zu haben, um sich dann frühzeitig ohne grössere finanzielle Verluste pensionieren lassen zu können. Doch es kam anders: Anstatt des gegengezeichneten Vertragsexemplars flatterte ihm ein Dokument ins Haus, das mit «Aufhebungsvertrag» betitelt war. B. sah sich vor die Wahl gestellt, entweder diesen Vertrag zu unterzeichnen oder umgehend

entlassen zu werden. Die Bedingungen hatten sich über Nacht verschlechtert, was mit der Neubesetzung des Vereinspräsidiums im Zusammenhang zu stehen schien. So

unter Druck gesetzt, unterschrieb B. in der Not und mit einem un-guten Gefühl. Doch er holte sich Unterstützung beim VPOD.

Die Vertrauensanwältin stellte ein Schlichtungsgesuch bei der Schlichtungsstelle. Im Fazit hielt sie fest, dass B. in zweierlei Hinsicht unverschuldet Pech hatte: Sein Arbeitgeber, der Verein, hatte den Auftrag verloren und musste die Liquidation angehen, und B. war beim neuen Vereinspräsidenten in Ungnade gefallen – ein

schlechtes Arbeitszeugnis dokumentierte dies deutlich. Es könne nicht sein, dass ihr Mandant weder eine adäquate Altersvorsorge noch ein wohlwollendes Zeugnis erhalte, hielt die Anwältin fest. Als sozialer Arbeitgeber müsse der Verein seine Verantwortung wahrnehmen, zumal seine finanzielle Situation deutlich besser sei als zunächst mitgeteilt. B., bald 61 Jahre alt, würde es auf dem Arbeitsmarkt schwer haben, eine neue Stelle zu finden.

Teilerfolg bei Schlichtung

Die Schlichtungsverhandlung ergab folgende Vereinbarung, die gerichtlich genehmigt wurde: B. wurde eine Entschädigung zugesprochen, und das Arbeitszeugnis wurde angepasst. Die Kosten des Schlichtungsverfahrens von 800 Franken wurden vereinbarungsgemäss halbiert. Das Beispiel zeigt, dass Berufslaufbahnen auch noch auf der Zielgeraden und ohne Verschulden geknickt werden können. Nämlich wenn jemand wie B. kein Glück hat – und dann auch noch Pech.

Solidar unterstützt ukrainische Kriegsveteraninnen und Kriegsveteranen auf dem Weg ins zivile Leben

Mehr als Überleben

Die Kriegsveteraninnen und -veteranen in der Ukraine sind bereits 1,2 Millionen an der Zahl. Sie leiden nicht nur an den körperlichen Verletzungen, sondern auch unter seelischen Traumata. Unterstützung gibt es wenig – Solidar Suisse springt in die Lücke. | Text: Nataliia Rudyka, Projektkoordinatorin, und Katri Hoch, Programmleiterin (Fotos: Solidar)



Viktor M., Nadiia K. (jeweils rechts im Bild) und Artem M. (links in der Grube) erhalten Unterstützung bei ihrem Weg zurück ins zivile Leben.

«Nach dem Krankenhaus beginnt der schwierigste Teil: allein zu sein mit einem Körper, der nicht mehr gehorcht», sagt Viktor M., ein ukrainischer Veteran, der im Krieg ein Bein verloren hat. «Aber die Leute von Right to Protection haben mich durchgetragen.» Seine Worte stehen stellvertretend für viele, die nach dem Krieg nicht nur körperlich, sondern auch seelisch zu kämpfen haben. Die Zahl der Kriegsveteraninnen und -veteranen in der Ukraine ist inzwischen auf über 1,2 Millionen gestiegen. Viele von ihnen kehren in ein ziviles Leben zurück, das kaum auf sie vorbereitet ist. Sie kämpfen mit Traumata, sie haben Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung, und in der Familie, in die sie zurückkehren, gibt es Spannungen. Doch Unterstützungsangebote fehlen weitgehend. Besonders in den Gemeinden gibt es kaum Fachkräfte, die auf die komplexen Bedürfnisse der Heimkehrenden vorbereitet sind.

Psychologie, Recht, Geld

Deshalb hat Solidar Suisse ein umfassendes Unterstützungsprogramm für Veteranen und ihre Familien entwickelt. Es bietet psychologische Betreuung, rechtliche Be-

ratung und individuelles Fallmanagement. «Ich habe nicht aufgehört, meinen Sohn zu lieben, aber ich bestrafe mich nicht mehr jeden Tag selbst», sagt Mykola N., dessen Sohn im Kampf gefallen ist, nach mehreren Sitzungen mit einer Psychologin. Solidar Suisse bietet auch mobile Pflegedienste, die Menschen mit Behinderungen helfen, Mobilitätsbarrieren zu überwinden. Und Haushalte werden mit finanziellen Beiträgen unterstützt, damit sie ihre Bedürfnisse decken können. «In meinem Alter ist es schwer, alles allein zu schaffen», sagt die 72-jährige Nadiia K., die Tierfutter und landwirtschaftliche Hilfsgüter erhielt. «Sie kamen, halfen und lächelten – das bedeutet mehr als nur Hilfe.»

Neben individueller Unterstützung setzt Solidar Suisse auf sozialen Zusammenhalt. In abgelegenen Gemeinden werden Aktivitäten organisiert, die Veteranen, ihre Familien und Nachbarinnen zusammenbringen. «Ich habe zum ersten Mal das Gefühl, mit meiner Erfahrung nicht allein zu sein – sie hören nicht nur zu, sie verstehen», sagt Veteranin Olena M. Ein Beispiel für gelebte Solidarität ist Artem M. – selbst Veteran und Sozialarbeiter. Als seine Gemeinde unter Wassermangel litt,

organisierte er eigenständig die Reparatur der lokalen Versorgung. Für Inna S., deren Sohn im Krieg vermisst wird, war das ein Wendepunkt: «Zu wissen, dass ein Team hinter einem steht, verändert alles.»

Gewaltfreie Kommunikation fördern

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt. Trainings schärfen das Bewusstsein und fördern gewaltfreie Kommunikation in vom Krieg belasteten Familien. Gleichzeitig werden Gemeindemitarbeitende geschult, damit sie Gewalt frühzeitig erkennen und angemessen eingreifen können.

Trotz begrenzter regionaler Präsenz erhält Solidar Suisse Hilfesuche aus dem ganzen Land – ein deutliches Zeichen für den Bedarf an derartiger Unterstützung. Wir setzen auf lokale Partnerschaften, Teilhabe und Gleichberechtigung. Viele unserer Partnerorganisationen beschäftigen selbst Menschen, die aus dem Krieg zurückgekehrt sind – Menschen, die wissen, was es heisst, sich zurück ins Leben zu kämpfen. So begleiten wir Veteranen und andere besonders schutzbedürftige Gruppen auf ihrem Weg vom Überleben in eine Zukunft, in der alle ihren Platz haben.

Elias Studer, Jurist, Oberarth (SZ) und Zürich

Schwyzer Macher

Den besten Titel hat sich die schnellere WOZ geschnappt: «Schweizermacher.» Aber auch unsere Porträt-Überschrift, die auf dem zweiten Wort zu betonen ist, passt: Elias Studer aus Oberarth besitzt nicht nur ein links schlagendes Herz und ein logisch denkendes Hirn. Sondern auch Tatkraft. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Die SRF-Tagesschau berichtete am 21. Mai: «Ein Sekundenschlaf am Steuer kann fatale Folgen haben. In diesem Fall geht es um einen in der Schweiz lebenden Mann aus der Türkei, der bei seinem Unfall zwar unversehrt blieb, aber: Seine Einbürgerung wurde ihm wegen dieses Unfalls vorerst verweigert. Zu Unrecht, wie heute das Bundesgericht urteilt.» Zwar fiel der Entscheid knapp, wonach aus einem fahrlässig begangenen Verkehrsdelikt nicht abgeleitet werden kann, dass der Betreffende den Schweizer Pass (noch) nicht verdient. Und direkte Folgen hat das Urteil auch nicht: Die dem Einbürgerungswilligen auferlegten Wartejahre sind im Verlauf des Verfahrens eh verstrichen.

Empörende Beispiele

Aber dem jungen – keine 30 Jahre alten – Juristen und angehenden Anwalt, der den Fall von Orhan T. bis an die höchste Instanz trug, ging es um mehr: Elias Studer möchte eine Änderung der Einbürgerungspraxis bewirken. Das Urteil ist ein Schritt auf diesem Weg. Wenn trotz allen Killerkriterien, die das Staatssekretariat für Migration oder die Kantone in Listen fassen, am Ende eine Würdigung des Einzelfalls nötig ist, müsste es ein Ende haben mit jenen extremen Fällen, bei denen ein dummes Detail den Ausschlag gegen die Einbürgerung gab. Wo zum Beispiel eine Steuerrechnung von 63 Franken noch offen war – überfällig zwar, aber noch nicht einmal gemahnt. Oder wo jemand den höchsten Gipfel auf Gemeindegebiet nicht nennen konnte oder nicht wusste, welche Tiere im Tierpark Goldau in einem Gehege zusammenleben.

Der Kanton Schwyz ist an solch absurdempörenden Beispielen besonders reich. Der Verein Einbürgerungsgeschichten.ch,

von Elias Studer mitbegründet, berät und dokumentiert. Auch an der Demokratie-Initiative für eine erleichterte Einbürgerung hat der Kollege mitgewirkt, denn für ihn ist klar: Eine Gesellschaft, die einen Viertel der Leute von politischer Teilhabe ausschliesst, hat ein schweres Defizit. Tatsächlich waren die Migrationserzählungen von Nachbarinnen oder Klassenspännli ein Element seiner Politisierung. Aber links sei er schon immer gewesen, sagt er, in Familientradition sozusagen.

Keine Tradition ist dagegen die sexuelle Orientierung, wie meistens bei Homosexuellen. Dass in Schwyz ein Outing als Linker fast schlimmer sei als eines als Schwuler, möchte Elias Studer allerdings für sich persönlich relativieren. Sein Linkssein hat er nie versteckt; das Coming-out lief derweil nicht ganz ohne Nebengeräusche ab, von übler Titulierung bis zu zerbrochenen Freundschaften. Zum Glück treibt einen das Studium in die Metropolen, wo auch das queere Nacht- und Tagelben etwas bunter ist als in Arth – wobei: Immerhin war der Strassenkreisel von Goldau zum Jubiläum der Stonewall-Aufstände mehrere Wochen in Regenbogenfarben getaucht.

Elias Studer hat in Basel studiert, weil er sich für die dort gepflegten Gender Studies interessierte. Letztere hat er beibehalten, das Erstfach aber von Soziologie auf Jus umgestellt. Warum der Tausch? Erstens, weil man mit dem Rechtshandwerk direkt im realen Leben viel bewegen und gestalten könne. Siehe Orhan T. Und zweitens, weil die Juristerei

logisches Denken erfordert, und das macht seinem gut aufgeräumten Gehirn Freude. Auch im Gespräch stellt er immer wieder scharfsinnige Zwischenfragen, wenn das Gegenüber allzu sehr im Nebel des Ungefahren bleibt.

Umzug mit Verlust

Mit dem jetzigen Umzug nach Zürich ist auch Verlust verbunden. So muss Elias Studer das Schwyzer Kantonsratsmandat aufgeben. Prozentrechnen für Anfängerinnen: Jede wievielte Abstimmung gewinnt die rot-grüne Seite, wenn sie in einem 100-köpfigen Parlament 15 Sitze besetzt? Aber dieses Politisieren in der Diaspora bringt auch Positives: einen engen Zusammenhalt innerhalb der Minderheit etwa. Und das Wissen darum, dass der eigene Einsatz einen Unterschied macht, was in Zürich, wo die Sozialdemokratie Mainstream und (für viele) Karrierepfad ist, nicht zwingend der Fall ist. Vielleicht muss da dann ein neues, ein ganz anderes Betätigungsfeld her für den Macher aus Schwyz.

Abschied von Mythen:
Elias Studer.





DER SOMMER IM TESSIN



Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow

20% VPOD-Rabatt

(jederzeit gültig)



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

info@grappoli.ch
www.grappoli.ch



Hotel Ristorante iGrappoli - 6997 Sessa - Tel. 091 608 11 87



AZB
8036 Zürich, Postfach

VPOD Bildungspolitik Nr. 240 ist soeben erschienen



Die neue Ausgabe 240 der VPOD Bildungspolitik thematisiert Fragen von Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, emanzipatorischem Unterrichten und Koedukation.

VPOD Bildungspolitik

Seit über 45 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Alle Mitglieder der Sektion VPOD Zürich Lehrberufe erhalten die Zeitschrift per Postversand.

Download der aktuellen Ausgabe unter:
<https://vpod.ch/publikationen/bildungspolitik/>

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 17 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

